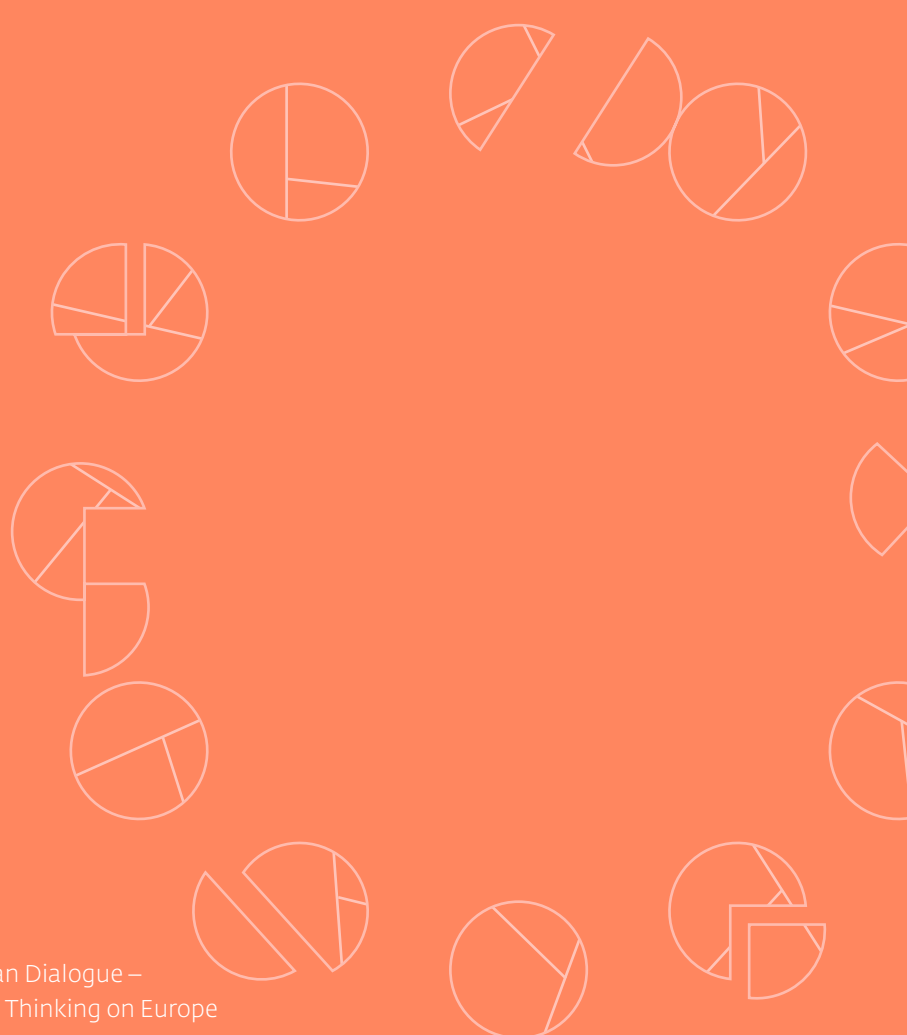


Dominique Reynié

**Auflösung des politischen  
Systems und Herausforderung  
Europa: die Präsidentschaft  
von Emmanuel Macron am  
Scheideweg**

**Décomposition du système  
politique et l'Europe comme  
enjeu : la présidence d'Emmanuel  
Macron fin 2018**





# Inhalt

## Sommaire

DE

<b>Zusammenfassung</b>	<b>2</b>
<b>Über den Autor</b>	<b>2</b>
<b>I. Die Präsidentschaftswahl 2017 resultiert aus dem Zerfall des politischen Systems Frankreichs</b>	<b>4</b>
<b>II. Das Parteiensystem: Auflösung ohne Neuordnung</b>	<b>6</b>
<b>III. Ende 2018: zunehmende Unbeliebtheit des Präsidenten und anhaltende Diskreditierung der Opposition</b>	<b>14</b>
<b>IV. Der Charakter der politischen Krise Frankreichs</b>	<b>18</b>
Die Stiftung Genshagen	23
Impressum	48

FR

<b>Synthèse</b>	<b>24</b>
<b>À propos de l'auteur</b>	<b>24</b>
<b>I. L'élection présidentielle de 2017 résulte de la dislocation du système politique français</b>	<b>26</b>
<b>II. Le système des partis : décomposition sans recomposition</b>	<b>29</b>
<b>III. Fin 2018, l'impopularité grandissante du président cohabite avec le discrédit persistant de l'opposition</b>	<b>37</b>
<b>IV. Nature de la crise politique en France</b>	<b>42</b>
La Fondation Genshagen	47
Mentions légales	48



# Auflösung des politischen Systems und Herausforderung Europa: die Präsidentschaft von Emmanuel Macron am Scheideweg<sup>1</sup>

Übersetzung aus dem  
französischen Original

<sup>1</sup> Der vorliegende Text wurde am 02. November 2018 abgeschlossen und nimmt daher keinen Bezug auf die Bewegung der »Gelbwesten«, deren erste landesweite Kundgebung am 17. November 2018 stattfand.

# I. Die Präsidentschaftswahl 2017 resultiert aus dem Zerfall des politischen Systems Frankreichs

Aus der Sicht von Analysen der politischen Akteure Frankreichs war das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2017 unvorhersehbar. Das einzige vorhersehbare Ergebnis war ein Sieg der Rechten. Tatsächlich verzeichneten die Zwischenwahlen von 2012 bis 2017 einen starken Rückgang der sozialistischen Mehrheit von François Hollande. Die Dominanz der durch die – meist im Verbund miteinander angetretenen – *Républicains* (LR) und die *Union des Démocrates et Indépendants* (UDI – Union der Demokraten und Unabhängigen) vertretenen Rechten ist offensichtlich: 18 der 20 Nachwahlen in der Nationalversammlung wurden von der Rechten gewonnen. Die Kommunalwahlen von 2014, die Département-Wahlen von 2015 und, in geringerem Maße, die Regionalwahlen 2015 sind gleichermaßen Siege der Rechten. Diese Wahlen haben ihr umso mehr das Gefühl der Sicherheit eines Sieges im Jahr 2017 vermittelt, als es zunächst wahrscheinlich und dann sicher erschien, dass François Hollande nicht wiedergewählt werden könnte. Aber nichts lief nach Plan.

## 1. Emmanuel Macron wird im Frankreich einer rechtsorientierten Wählerschaft gewählt

Die Wahl fand in einer außergewöhnlichen Konstellation statt, die alle vernünftigen Szenarien über den Haufen warf. Der Verzicht oder die Eliminierung der wichtigsten Kandidaten erfolgte bereits vor der eigentlichen Wahl. Zwei Staatspräsidenten und drei Premierminister wurden verdrängt: François Hollande stellte sich nicht zur Wiederwahl, Nicolas Sarkozy, Alain Juppé und Manuel Valls wurden in den »Vorwahlen« besiegt, einer Praxis jüngerer Datums ohne jede institutionelle Verpflichtung, von der

bisher weder die Rechte noch die Linke zur gleichen Zeit betroffen war; schließlich die Eliminierung von François Fillon am Ende einer Erstrunden-Kampagne, die vom Verdacht der persönlichen Bereicherung oder gar Korruption beherrscht wurde, in einer medialen Atmosphäre der Moralisierung des öffentlichen Lebens, in der die Justiz eine entscheidende Rolle spielte, was durch die Presse verstärkt und durch die Wut der sozialen Medien verzehnfacht wurde.

Politische, mediale und juristische Ereignisse haben eine Rolle gespielt, die berücksichtigt werden muss, ohne sie jedoch zu übertreiben, denn die Verschiebung des politischen Systems in Frankreich begann schon lange zuvor. Seit 2016 hatte der Verlauf der Vorwahlen bei der Rechten und der Zentrumsparterie (20. und 27. November 2016) gezeigt, dass die Macht einer Bewegung zunahm, die das politische Angebot der etablierten Parteien ablehnte. Die Vorwahlen der Umweltbewegung (19. Oktober – 07. November 2016) hatten in der gleichen Logik der Entmachtung schon im ersten Wahlgang zur Niederlage der Hauptkandidatin Cécile Duflot geführt, der ehemaligen Chefin der Bewegung *Europe Ecologie-Les Verts*, Abgeordnete und später Ministerin von François Hollande bis zu ihrem Rücktritt im Jahr 2014, mit dem sie ihre Ablehnung gegenüber der Ernennung von Manuel Valls zum Premierminister zum Ausdruck brachte. Schließlich bestätigten die von der *Parti socialiste* (PS) am 22. und 29. Januar 2017 abgehaltenen Vorwahlen diesen Trend mit dem Sieg von Benoît Hamon, dessen Bedeutung innerhalb der *Parti socialiste* marginal war.

## 2. Sieg von Emmanuel Macron im Kontext eines Wahldissenses

Seit 2001 halte ich es für geboten, die Wahlergebnisse anhand einer Kategorie zu analysieren, die ich »Wahldissens«<sup>2</sup> nenne; eine Kategorie, in der eine Vielzahl verschiedener Verhaltensweisen zusammengefasst werden, die jedoch gemein haben, dass sie einen distanzierten, kritischen oder ablehnenden Bezug zu dem zur Wahl stehenden politischen Angebot, dem Wahlverfahren oder sogar der Wahl selbst haben: Enthaltung, leere Stimmabgabe und Proteststimme.<sup>3</sup>

Die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 gewann Emmanuel Macron mit großem Abstand (66%) gegen Marine Le Pen (34%). Aber trotz der Ernsthaftigkeit der Situation erreichten die Stimmenthaltungen den höchsten Stand (25,4%), mit Ausnahme der Wahl von Georges Pompidou 1969, bei der allerdings eine gänzlich andere Denkweise herrschte.<sup>4</sup> Dasselbe gilt für ungültige und leere Stimmzettel, die alle Rekorde brachen (8,51% der Wähler und 6,32% der registrierten Wähler).

<sup>2</sup> Siehe Dominique Reynié »Les élections législatives depuis 1958« in: Pascal Perrineau und Dominique Reynié (Hrsg.), *Le Dictionnaire du vote*, Paris, Presses Universitaires de France, 2001, S. 371–375.

<sup>3</sup> Die Stimmenthaltung erfasst die auf den Wahllisten eingetragenen Wähler, die jedoch nicht zur Wahl gehen. Leere Stimmabgaben beziehen sich auf Wähler, die einen leeren Umschlag oder einen Umschlag mit einem nicht ausgefüllten Stimmzettel in die Wahlurne legen. Bis 2017 wurden leere Stimmabgaben mit ungültigen Stimmabgaben zusammengezählt (mehr als ein Stimmzettel im Umschlag, Stimmzettel mit einem bestimmten Kennzeichen wie z. B. Löschung, handschriftliche Eintragungen, Zerreißen usw.). Ungültige Stimmabgaben können zufällig sein. Seit mehreren Jahren bestand die Forderung, ungültige Stimmabgaben und leere Stimmabgaben getrennt zu erfassen. Damit sollte vermieden werden, dass eine aktive Teilnahme an der Wahl, bei der man den Wunsch äußert, für keinen der zur Verfügung stehenden Kandidaten zu stimmen, nicht mit der zufälligen, scherzhaften oder plumpen Handlung verwechselt wird, die eine ungültige Stimmabgabe beinhalten kann. Im Jahr 2017 hatten die Wähler zum ersten Mal die Möglichkeit der leeren Stimmabgabe, so dass ihre Handlung als separate Kategorie in der Wahlstatistik respektiert wurde.

Ein Vergleich mit dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002, der dem von 2017 sehr ähnlich war, zeigt die Verschärfung der Krise: 2002 erreichte der Wahldissens im zweiten Wahlgang 44,2% der auf den Wahllisten eingetragenen Wähler; 2017 lag er zwischen 56,3% und 54,1%.<sup>5</sup>

### Wahldissens: 56,36%

#### 2. Runde der Präsidentschaftswahlen (Mai 2017)

Eingetragene Wähler			
	47.581.118		
Ergebnisse	(1)		(2)
	Stimmen	% der eingetragenen Wähler	% der eingetragenen Wähler
<b>Enthaltungen</b>	12.101.661	25,44	25,44
<b>Leere Stimmabgaben</b>	3.011.362	6,32	6,32
<b>Ungültige Stimmabgaben</b>	1.058.220	2,22	-
<b>Protestkandidat</b>			
<b>Marine Le Pen</b>	10.643.937	22,38	22,38
<b>Summe</b>	26.815.180	<b>56,36</b>	<b>54,14</b>

<sup>4</sup> Zu dieser Zeit, im Jahr 1969, war die Situation eine völlig andere, denn die beiden Kandidaten im Finale, Georges Pompidou und Alain Poher, verkörperten jeweils eine Tradition der gemäßigten, parlamentarischen und pro-europäischen Rechten, so dass den linken Wählern eine echte Wahl vorenthalten wurde.

<sup>5</sup> Je nachdem, ob ungültige Stimmabgaben gezählt werden oder nicht.

## II. Das Parteiensystem: Auflösung ohne Neuordnung

Die gerade besiegten Regierungsparteien – besser ausgebildet und organisiert in Bezug auf Wahlen, bei denen eine große Zahl von Kandidaten im ganzen Land beteiligt ist, – konnten hoffen, bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 einen Teil ihrer verlorenen Macht zurückzugewinnen. Das Gegenteil trat ein. Die Parlamentswahlen verstärkten die Präsidentschaftswahlen, indem sie die traditionelle politische Klasse in Gänze abstrafte.

Es sei darauf hingewiesen, dass bei diesen Wahlen zwei Rekorde der Stimmhaltung gebrochen wurden: in der ersten Runde (52%) und in der zweiten Runde (57,4%). Offensichtlich haben sich die Protestwähler, die sich bei den Präsidentschaftswahlen zusammengeschlossen hatten, bei den Parlamentswahlen zum einen zerstreut und zum anderen mehrheitlich enthalten. Die Wähler, die gewählt haben, gewählten den Kandidaten von La République en Marche! (LREM) mit 308 der 577 Sitze die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Parti socialiste, die in der scheidenden Nationalversammlung die absolute Mehrheit innegehabt hatte, konnte nur 30 Abgeordnete hinüber retten; Les Républicains schafften es auf 112 Abgeordnete.

Dies ist ein wichtiger Hinweis auf die Heftigkeit der Abstrafungsbewegung: Im Juni 2017 wurden 77% der ausscheidenden Abgeordneten nicht wiedergewählt, was die höchste Erneuerungsrate während der gesamten Fünften Republik bedeutet. Schon 1958 hatte die neue Nationalversammlung, die zur Gründung der Fünften Republik gewählt wurde, eine hohe Erneuerungsrate erlebt – die höchste bis 2017, aber mit 72% dennoch niedriger.<sup>6</sup>

### 1. Die großen traditionellen Parteien: zwischen Rückschlag und Zusammenbruch

Alle Präsidentschaftswahlen waren von den beiden großen politischen Lagern, der Rechten und der Linken, belebt, reguliert oder sogar kontrolliert worden. Man konnte diesen Parteien vorwerfen, das politische Leben und sogar die französische Demokratie kartellisiert zu haben.<sup>7</sup> Dies war am 23. April 2017 nicht der Fall, da nur 26,2% der Wähler einen der Kandidaten der beiden dominierenden Parteien unterstützten, links die Parti socialiste, rechts Les Républicains, was insgesamt 20% der registrierten Wähler abbildet.<sup>8</sup>

Aber, wie in der Grafik auf Seite 7 zu erkennen ist, resultiert der Zusammenbruch von 2017 aus einem stetigen Rückgang, der vor langer Zeit begann.

Der Kollaps der historischen Parteien ist mit einem weiteren Umbruch verbunden: Die Präsidentschaftswahl von 2017 bricht spektakulär mit der Logik der Spaltung von links und rechts. Emmanuel Macron präsentiert sich als links »und zugleich« rechts; Marine Le Pen ist Kandidatin einer Partei, des Front National (FN), die seit langem behauptet, »weder rechts noch links sondern französisch« zu sein. Die beiden Gewinner der ersten Wahlrunde sind sich also einig, dass sie die Links-Rechts-Spaltung ablehnen. Marine Le Pen inszeniert eine weitere Konfrontation, auf der Pascal Perrineau seit langem besteht, nämlich jene, die das Lager der »Patrioten« dem der

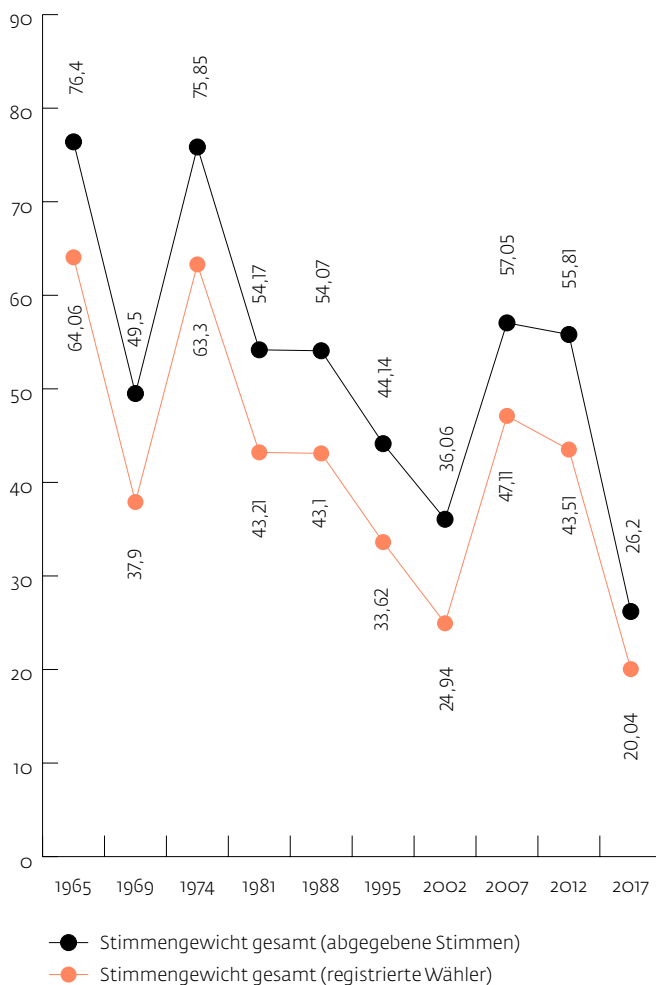
<sup>6</sup> Siehe die Studie der Fondation pour l'innovation politique « [Le renouvellement des députés français : 1958–2017, 19 juin 2017](#) » (abgerufen am 11.12.2018).

<sup>7</sup> Emmanuel Macron hat in seinem 2016 erschienenen Buch *Revolution* ausgeführt: »Unsere politischen Parteien sind daran gestorben, nicht mehr mit der Realität konfrontiert zu sein, aber sie wollen die zentrale Wahl für sich beanspruchen, um weiter zu bestehen.« *Revolution*, Paris, XO-Verlag, Seite 40.

<sup>8</sup> Französisches Innenministerium, 24. April 2017, Präsidentschaftswahlen 2017: Gesamtergebnisse der ersten Runde. « [Election présidentielle 2017 : résultats globaux du premier tour](#) » (abgerufen am 15.12.2018).



### Das Stimmengewicht der Regierungsparteien bei den Präsidentschaftswahlen (insgesamt Rechte und Linke – 1. Runde – abgegebene Stimmen und registrierte Wähler)



»Globalisten« entgegentellt<sup>9</sup>. Im Jahr 2017 wurde zum ersten Mal bei Präsidentschaftswahlen die Kluft zwischen »offener Gesellschaft« und »Gesellschaft der nationalen Neuausrichtung« deutlich. Soweit

<sup>9</sup> Siehe Pascal Perrineau, *La France au Front*, Paris, Fayard, 2014 und, ebenfalls von Pascal Perrineau (Hrsg.), *Le Vote disruptif. Les élections présidentielles et législatives d'avril-mai-juin 2017*, Paris, Presses de Sciences Po, 2017.

die Ergebnisse der zweiten Runde nicht unter dem Aspekt der Links-Rechts-Spaltung zu verstehen sind, spiegeln sie demgegenüber jedoch eine tiefe und sehr klassische soziale Spaltung wider. So übertrifft die FN-Kandidatin Marine Le Pen ihren landesweiten Stimmenanteil (34%) bei den Arbeitern, bei denen sie eine Mehrheit erzielt (56%); noch stärker (69%) dominiert sie bei jenen, die »große Schwierigkeiten haben, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen«. Bei den Arbeitslosen (47%) ist sie nicht weit davon entfernt, mit Emmanuel Macron (53%) gleichzuziehen, ebenso unter den Angestellten (46%), Wählern ohne höheren Schulabschluss (45%) oder in der untersten Einkommensklasse (45%). Zum Vergleich: Jean-Marie Le Pen erzielte 2002 mit 31% bei den Arbeitern den besten Wert. Es wird deutlich, dass sich hier zwei Frankreichs gegenüberstehen – sowohl auf politischem wie auf sozialem Gebiet.<sup>10</sup>

Die traditionellen Parteien, die Parti socialiste und Les Républicains, sind Opfer einer doppelten Enteignung: die erste zugunsten der neuen Bewegung En Marche!, die zweite zugunsten der Rechtspopulisten, vor allem Marine Le Pen, und der Linkspopulisten, hauptsächlich Jean-Luc Mélenchon. Mit Benoît Hamon erzielt die sozialistische Familie im Jahr 2017 ihr schlechtestes Wahlergebnis (6,36%) seit 1969 (5%). Die Wählerschaft von François Hollande im Jahr 2012 (28,6%) hat sich verflüchtigt: 46% der Wähler von François Hollande stimmten für Emmanuel Macron, 26% für Jean-Luc Mélenchon, 15% für Benoît Hamon und 13% für einen der anderen Kandidaten.<sup>11</sup>

Auf den ersten Blick erscheint die Auflösung unter den Rechten weniger weit fortgeschritten. François Fillon, der Kandidat von Les Républicains, scheint den

<sup>10</sup> Brice Teinturier « Le second tour de l'élection présidentielle 2017 : sociologie des électorats et profil des abstentionnistes » (abgerufen am 11.12.2018), IPSOS, 7. Mai 2017.

<sup>11</sup> Französische Wahlumfrage 2017 durchgeführt von Sciences Po mit dem IPSOS-Institut, Welle 14.

Schaden mit 20% zu begrenzen, indem er die Erstrunden-Ergebnisse von Jacques Chirac in den Jahren 1981 (18%), 1988 (20%), 1995 (20,8%) und 2002 (19,8%) erreicht. Zunächst sei aber darauf hingewiesen, dass dies sehr weit von Nicolas Sarkozys Wahlergebnis im Jahr 2007 (31,1%) und noch weit von seinem Wert im Jahr 2012 (27,1%) entfernt liegt, der dennoch seine Niederlage bedeutete. Des Weiteren ist festzustellen, dass das Scheitern der Rechten im Jahr 2017 katastrophaler erscheint, wenn man sich daran erinnert, dass die gemäßigte Rechte während der meisten Präsidentschaftswahlen mit zwei Kandidaten vertreten war, einem von einer Mitte-Rechts-Partei und einem aus der gaullistischen Familie. Im Jahr 2017 jedoch erreicht François Fillon als einziger Kandidat dieser gemäßigten Rechten 20%, während die Kandidaturen von Nicolas Sarkozy (31,1%), um nur das Beispiel von 2007 zu nennen, und jene von François Bayrou (18,5%), einem Kandidaten der Zentrumsparteien, zusammen 49,6% erzielten. Auch 2012 vereinten Nicolas Sarkozy (27,1%) und François Bayrou (9,1%), obwohl beide stark rückläufig, noch mehr als ein Drittel (36,2%) der abgegebenen Stimmen auf sich.

2017 ist die Rechte im wahrsten Sinne des Wortes zusammengebrochen. Ihr Ausscheiden in der zweiten Runde ist beispiellos. Es ist brutaler als die Eliminierung des sozialistischen Kandidaten, da es sich um die von der gaullistischen Familie – der François Fillon anzugehören behauptet – ersehnte und unterstützte Wahl handelt. In den Jahren 1969, 2002 und 2017 wurden die Sozialisten in der ersten Runde einer Wahl eliminiert, der sie sich historisch widersetzen und der sie angesichts ihrer dogmatischen Präferenz für eine parlamentarische Regierung nie wirklich zustimmten; im Gegenteil, die gaullistische oder neogaullistische Rechte hörte nicht auf, die Präsidentschaftswahlen als die gaullistische Institution schlechthin und schließlich als ein Erbe zu betrachten, dessen Vaterschaft sie stolz beansprucht.

Die Krise der französischen Rechten ist daher so tief wie die der Linken. So hat diese Partei seit der Machtübernahme von Emmanuel Macron und der Ernennung eines Premierministers aus den Reihen von Les Républicains, Edouard Philippe, Abgänge und Abspaltungen erlebt, insbesondere mit der Schaffung der »Konstruktiven«. Diese Gruppe von Dissidenten versammelte gewählte Vertreter von Les Républicains, die Emmanuel Macron unterstützten. Im November 2017 gründeten sie »Agir«, eine neue Partei, deren treibende Kraft der neue Kulturminister Franck Riester war. Einige republikanische Führungspersönlichkeiten haben eine autonome Struktur innerhalb der Partei LR geschaffen, wie den Verein »Libres« von Valérie Pécresse, Präsidentin der Region Ile-de-France; andere haben es vorgezogen, sich von der Partei zu distanzieren, wie Alain Juppé oder François Baroin, Präsident des mächtigen Verbands der französischen Bürgermeister. Wieder andere wichtige Anführer sind zurückgetreten, wie Xavier Bertrand, Präsident der Region Hauts de France oder Dominique Bussereau, Präsident der Versammlung der französischen Départements. So ist das Scheitern heute im Vergleich zu den Ambitionen der UMP (Union pour un Mouvement Populaire), dem Vorläufer von Les Républicains, offensichtlich. Die im November 2002 gegründete UMP hatte zum Ziel, die – gaullistischen und nicht-gaullistischen – republikanischen Rechten unter einem Dach zu vereinen. Fünfzehn Jahre nach dieser historischen Vereinigung, inspiriert vom deutschen Vorbild der CDU/CSU, ist die französische Rechte Opfer eines Zersplitterungsprozesses, der nicht einmal mehr diejenigen verschont, die behaupten, noch Mitglied der Partei Les Républicains zu sein.

Noch ist nicht alles verloren für die traditionellen Parteien im Allgemeinen und insbesondere für die der gemäßigten Rechten. Da die Wahlen zu den lokalen Exekutivorganen vor 2017 stattfanden, bleiben die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Händen der besiegten Parteien und bilden ihre letzte

Hochburg. Les Républicains, die Parti socialiste und die Zentristen (UDI) beherrschen fast alle Exekutivorgane auf kommunaler, Département- und regionaler Ebene. Diese mehrere hunderttausend lokalen Mandatsträger bilden die Wahlbasis des Senats, so dass dieser sich noch immer in den Händen der traditionellen Parteien und insbesondere der rechten LR befindet. Bei den Senatswahlen im September 2017, die auf die Präsidentschaftswahlen folgten, gewann LREM nur 28 Sitze, während die Partei auf das Doppelte gehofft hatte.

In den lokalen Gebietskörperschaften wehren sich die alten Parteien. Gerade weil Emmanuel Macron die bedeutende Rolle dieser wichtigen politischen Netzwerke und die Tiefe der Spaltung zwischen den französischen Metropolregionen einerseits und einem Frankreich, das kleine und mittlere Städte in ländlichen Regionen eint, unterschätzt hat, trifft er auf einige seiner entschiedensten Gegner, insbesondere auf die Opposition des Senats, dessen Rolle bei der Gesetzgebung wichtig ist, aber unentbehrlich, wenn es um die Überarbeitung der Verfassung oder Erlasse zur Raumordnung geht.

## 2. Die schwierige Entstehung einer neuen Mehrheitspartei

Die Umstände des unvorhersehbaren und plötzlichen Sieges von Emmanuel Macron haben ihn dazu veranlasst, innerhalb weniger Monate eine Doktrin zu schmieden. Angesichts der Beanspruchung einer Schlüsselposition, und um diese dauerhaft einnehmen zu können, musste Macron auch eine neue politische Bewegung ins Leben rufen – zunächst »En Marche!« und dann »La République en Marche!« (LREM) genannt – mit dem Ziel, die Unterstützung der Rechten und der Linken zu gewinnen, die er so dringend benötigt. Auf diese Weise hat sich der neue Präsident mit einer parlamentarischen Mehrheit ausgestattet. Aus dem Nichts entstanden, ist diese Mehrheit groß, aber zerbrechlich. Viele LREM-Parlamentarier sind neu in der Politik, weit entfernt von lokalen Realitäten, stammen aus der Zivilgesellschaft und der Geschäftswelt, und sind kaum mit der Arbeit gewählter Mandatsträger vertraut, wie das Profil der Anhänger und Mitglieder von En Marche! zeigt. Sie zeigen sich eher einer Mitte-Rechts-Position zugehörig, erklären sich als sehr europafreundlich und, sowohl sozial als auch wirtschaftlich, von einer liberalen Kultur geprägt, was sie von der Mehrheit der französischen Gesellschaft stark unterscheidet.

Diese Informationen resultieren aus zwei kürzlich veröffentlichten Studien, die sich jeweils auf eine bestimmte Gruppe innerhalb der LREM konzentrieren. Eine stammt von Gilles Finchelstein, dem Leiter der Fondation Jean Jaurès, und ist den **Sympathisanten** gewidmet. Sie verwendet Daten, die während der Präsidentschaftswahlen erhoben wurden.<sup>12</sup> Die zweite

<sup>12</sup> Gilles Finchelstein, « Portrait-robot des sympathisants de la République en Marche » (abgerufen am 11.12.2018), Fondation Jean Jaurès, 21. September 2018. Die Studie basiert auf Daten aus dem von Ipsos durchgeführten CEVIPOF-Panel, d.h. 1.696 LREM-Sympathisanten. Auf der Grundlage von 12.387 Wählern geben 14% der Stichprobenteilnehmer an, dass sie LREM nahestehen, 14% LR, 13% FN, 9% PS, 7% FI/FG und 25% keiner Partei.

Studie konzentriert sich auf die **Mitglieder** und basiert auf Daten, die etwas später, nach dem Sieg, im Jahr 2018 gesammelt wurden. Wir verdanken sie einem anderen Think-Tank, Terra Nova, dessen Direktor Thierry Pech einer der Mitverfasser ist.<sup>13</sup> Beide Studien ergänzen sich gegenseitig.

Bezüglich der LREM-**Sympathisanten** widerspricht die Studie mindestens zwei Vorurteilen: Erstens sind sie nicht alle jung, denn es gibt im Gegenteil einen überproportionalen Anteil der über 64jährigen. Zweitens sind sie nicht alle in Städten zu finden, denn in ländlichen Gebieten sind die Sympathisanten kaum weniger anzutreffen. Im Gegensatz dazu bestätigt die Terra-Nova-Studie von 2018 über die **Mitglieder**, dass sie urbaner und jünger als der Durchschnitt sind.<sup>14</sup> Die beiden Auswertungen stehen nicht unbedingt im Widerspruch zueinander, da sie nicht die gleiche Gruppe betreffen und in zwei verschiedenen historischen Zusammenhängen durchgeführt wurden: vor und nach der Wahl von Macron.

Die Studien bringen soziodemografische Indikatoren ans Licht, die – nicht überraschend – das Porträt eines »Frankreich, dem es gut geht und das sich wohlfühlt« zeichnen. Unter den **Sympathisanten** sind Angestellte und Arbeiter<sup>15</sup> unterrepräsentiert, während die am besten ausgebildeten Personen<sup>16</sup> sowie die höchsten

Einkommen überrepräsentiert sind. Dementsprechend haben 58% der Sympathisanten das Gefühl, ein erfolgreiches Leben zu führen, verglichen mit 44% aller Franzosen, und nur 14% sind der Ansicht, dass die Globalisierung negative Auswirkungen auf ihre Arbeitsplätze hat, verglichen mit 33% aller Franzosen. Politisch stehen die LREM-Unterstützer eher mitte-rechts<sup>17</sup>, wie ihre Selbstpositionierung auf der links/rechts-Skala<sup>18</sup> zeigt. Es sei darauf hingewiesen, dass 20% von ihnen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2017 für François Fillon gestimmt haben. Ein erstes Element, das die LREM-Sympathisanten auszeichnet, ist die nahezu einstimmig (93%) positive Bewertung von Emmanuel Macrons erstem Amtsjahr.<sup>19</sup>

Im Vergleich dazu bewerteten nach einem Jahr 81% der UMP-Anhänger die Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy positiv und 77% der PS-Anhänger die Präsidentschaft von François Hollande. Diese solide Unterstützungsbasis fußt auf zwei bedeutsamen ideologischen Merkmalen: einem proeuropäischen Engagement und einem starken Liberalismus.

<sup>13</sup> Bruno Cautrès, Thierry Pech, Marc Lazar und Thomas Vitiello, « *La République En Marche: anatomie d'un mouvement* » (abgerufen am 11.12.2018), Terra Nova, o8. Oktober 2018. Im Juni 2018 wurde einer Stichprobe von 8.815 Mitgliedern ein Fragebogen übermittelt.

<sup>14</sup> Laut Terra Nova sind nur 27% bei LREM über 60 Jahre alt, verglichen mit 38% bei PS, 33% bei LR und 30% bei FN. Drei Viertel (72,6%) leben in urbanen Zentren im Vergleich zu 59,2% der Gesamtbevölkerung (*Terra Nova Report*, S. 39).

<sup>15</sup> »Während es in der Gesamtbevölkerung 27% Angestellte und Arbeiter gibt, sind es unter den LREM-Sympathisanten nur 17%«, heißt es in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, September 2018, S. 6.

<sup>16</sup> 27% mit Bac+4 oder höher, d.h. acht Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Quelle: Sciences Po CEVIPOF, Ipsos, Sopra Steria, Fondation Jean Jaurès, *Le Monde, Enquête électorale française : comprendre le vote*. Welle 19, Juni 2018.

<sup>17</sup> 40% kommen von rechts, 7% von der Mitte, 27% von links, 5% von der extremen Rechten, 13% von keiner Partei, in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, Oktober 2018, S. 9.

<sup>18</sup> Auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) rangieren die LREM-Sympathisanten im Durchschnitt auf Platz 5,6, in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, Oktober 2018, S. 9.

<sup>19</sup> Gegenüber 43% im französischen Durchschnitt, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, Oktober 2018, S. 12.

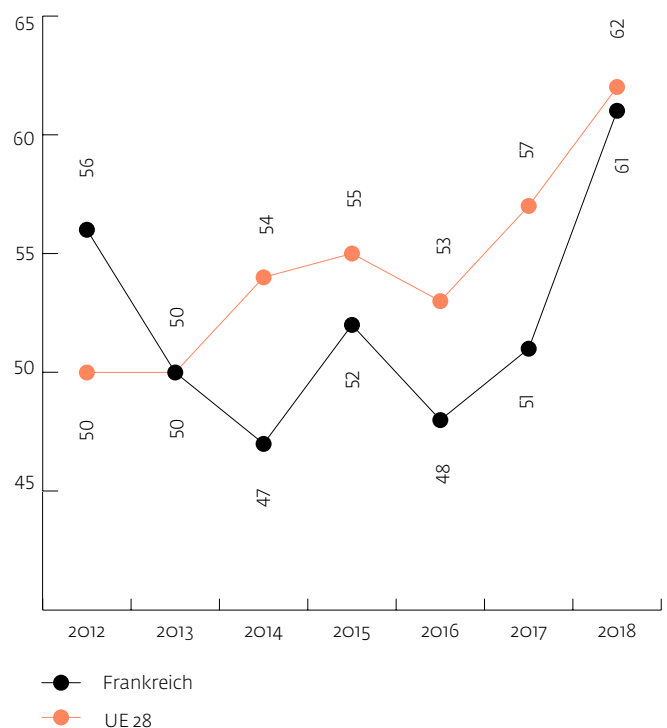
### Die zentrale Position der Unterstützer von En Marche! (in %) <sup>20</sup>

	Unterstützer PS	<b>Unterstützer En Marche!</b>	Unterstützer LR
Um wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begegnen, muss der Staat den Unternehmen vertrauen und ihnen mehr Freiheit lassen	47	<b>78</b>	83
Im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit sollte von den Reichen genommen werden, um den Armen zu geben	52	<b>31</b>	16
Die Zahl der Beamten sollte reduziert werden	19	<b>45</b>	67
Die Arbeitslosen könnten Arbeit finden, wenn sie es wirklich wollten	21	<b>35</b>	48
Heutzutage haben Eltern keine Autorität mehr	49	<b>56</b>	71
Es gibt in Frankreich zu viele Einwanderer	24	<b>37</b>	74
Der Islam ist eine Bedrohung für den Westen	32	<b>40</b>	74
Die Todesstrafe sollte wieder eingeführt werden	14	<b>20</b>	41

<sup>20</sup> Quelle: *Enquête électorale française 2017*, Ipsos, Sciences Po CEVIPOF, 27.–30. Mai 2017.

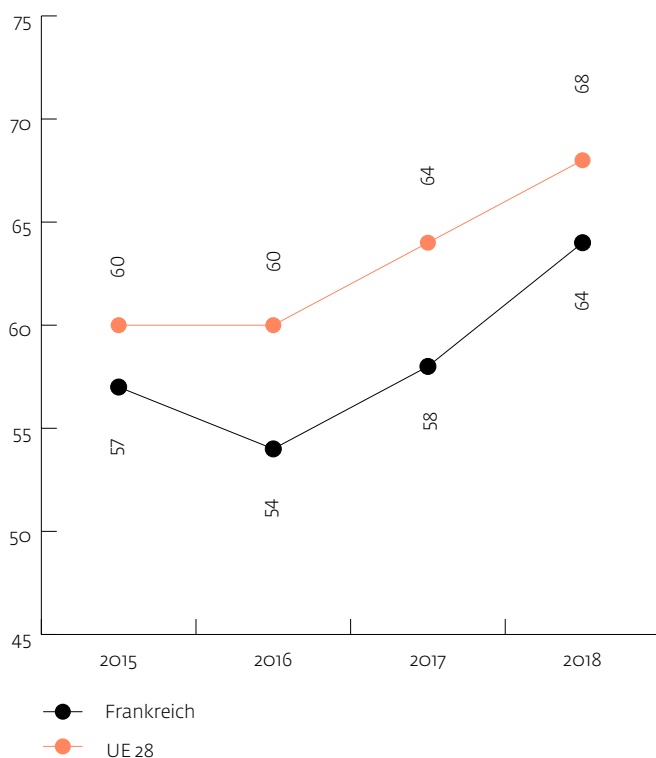
Während antieuropäische Kandidaten bei einer Präsidentschaftswahl sowohl in der ersten als auch in der zweiten Runde noch nie so hohe Stimmenanteile erzielt hatten, führte diese Wahl dennoch zum Sieg des einzigen entschlossen proeuropäischen Kandidaten. Dieses Engagement spiegelt sich in der Bedeutung wider, welche die LREM-Unterstützer europäischen Themen beimessen: 63% der Sympathisanten bewerten das Wort »Europa« positiv, verglichen mit 41% aller Franzosen und 11% der Anhänger des FN.<sup>21</sup> In diesem Punkt stehen die Unterstützer und Mitglieder von LREM im Einklang mit der französischen Gesellschaft:

### »Frankreichs EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache« (in %) <sup>22</sup>



<sup>21</sup> Gilles Finchelstein, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, Oktober 2018, S. 14.

### Die EU-Mitgliedschaft wird als vorteilhaft angesehen (in %) <sup>23</sup>



<sup>22</sup> Frage: Denken Sie im Allgemeinen, die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU ist... Antworten: **eine gute Sache**, eine schlechte Sache, weder eine gute noch eine schlechte Sache, weiß nicht. Quellen (Europäisches Parlament, TNS Opinion & Social): Eurobarometer/Parlemeter 77.4, 79.5, 82.4, 84.1, 86.1, 88.1, 90.1.

<sup>23</sup> Frage: *Alles in allem*, glauben Sie, dass »UNSER LAND« von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert hat oder nicht? Antworten: **Hat profitiert**, hat nicht profitiert, weiß nicht. Quellen (Europäisches Parlament, TNS Opinion & Social): Eurobarometer/Parlemeter 84.1, 86.1, 88.1, 90.1.

Die Unterstützer unterscheiden sich sehr, wenn sie Meinungen zugunsten des wirtschaftlichen und kulturellen Liberalismus vertreten.<sup>24</sup> In gesellschaftlichen Fragen nähern sie sich den linken Wählern an, sei es beim Thema der sexuellen Orientierung, bei Meinungen zu Religion, zur Todesstrafe oder zur Gleichstellung der Geschlechter. Sie unterscheiden sich jedoch bei bestimmten Themen im Zusammenhang mit kollektiven Werten, wie etwa der Einwanderung und der Stellung des Islam in der französischen Gesellschaft, die auch interne Spaltungen offenbaren. In Bezug auf diese Fragen sind die Sympathisanten geteilt zwischen denen, die eine relative Offenheit zeigen, den Unentschlossenen, und denen mit einer eher verschlossenen oder konservativen Haltung: 37% stimmen der Aussage »Es gibt zu viele Einwanderer in Frankreich« zu, 37% stimmen ihr weder zu noch stimmen sie ihr nicht zu, und 26% stimmen ihr nicht zu. Der Aussage »Der Islam ist eine Bedrohung für den Westen« stimmen 44% zu, 28% sind unentschlossen, und ebenfalls 28% stimmen ihr nicht zu. 30% stimmen der Aussage »In Bezug auf Arbeitsplätze sollte einem Franzosen Vorrang vor einem Einwanderer eingeräumt werden« zu, 34% sind unentschlossen, und 36% stimmen ihr nicht zu.<sup>25</sup>

In wirtschaftlichen Fragen nähern sich die LREM-Anhänger den rechten Wählern an, indem sie sich für Freihandel und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aussprechen: 83% halten es für notwendig, »Unternehmen mehr zu vertrauen und ihnen mehr Freiheit zu geben« (82% bei den Unterstützern von LR), und der Anteil, der mehr Freihandel befürwortet, ist mit 81% sehr viel höher als bei den LR-Sympathisanten (54%).

<sup>24</sup> Laut Gilles Finchelstein »gehören LREM-Anhänger zu einer politischen Familie, die es nie gab«. « *Les sympathisants LREM appartiennent à une famille politique qui n'a jamais existé.* » (abgerufen am 11.12.2018), *Huffington Post*, 21. September 2018.

<sup>25</sup> *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, S. 21–23.

Bezüglich des Öffentlichen Dienstes wünschen sich überdurchschnittlich viele – und eine Mehrheit – weniger Beamte.<sup>26</sup>

Laut der Terra-Nova-Studie befürworten zwei Drittel der **Mitglieder** (67%) eine Verringerung der Zahl der Beamten, was einen höheren Wert bedeutet als jener, der im Mai 2017 bei den Unterstützern gemessen wurde (52%)<sup>27</sup>, während diese Meinung im Durchschnitt von 45% der Franzosen geteilt wird. Verglichen mit den anderen Parteien scheinen die LREM-Mitglieder jünger zu sein, und ihr Bildungsniveau ist besonders hoch (80% von ihnen haben einen Hochschulabschluss). Führungskräfte und freie Berufe sind in der Mehrheit (60%), und Arbeitnehmer aus dem Privatsektor sind stark vertreten (71%). Bezüglich des Einkommens befinden sich die Mitglieder in der oberen Hälfte der französischen Gesellschaft. Insgesamt verfügen sie über ein Gefühl relativer Stabilität und wirtschaftlicher Sicherheit sowie über einen hohen Grad an Allgemeinbildung.<sup>28</sup>

Als Präsident, und als Reaktion auf eine starke Nachfrage nach Autorität in der öffentlichen Meinung, hat Emmanuel Macron durch eine Vermehrung von Handlungen und Verweisen auf eine »jupiterhafte Autorität«<sup>29</sup> die Vertikalität beansprucht, worüber man schmunzeln konnte. Die meisten Franzosen stimmen jedoch der Vorstellung zu, dass man »in Frankreich einen echten Anführer braucht, um die Dinge in Ordnung zu bringen« (88%) und dass »Autorität ein zu oft kritizierter Wert ist« (84%).<sup>30</sup> In diesen

beiden Punkten sind die Anhänger von En Marche! den Wählern der Rechten viel näher als den Wählern der Linken. Natürlich ist eine große Mehrheit der Franzosen (78%) immer noch der Meinung, dass »selbst wenn die Demokratie Probleme verursachen kann, sie immer noch besser als jede andere Regierungsform ist«, aber dieser Prozentsatz ist innerhalb von drei Jahren um sechs Punkte gesunken. Heute ist eine starke Minderheit (42%) der Meinung, dass es »ein guter Weg wäre, das Land zu regieren, wenn ein starker Mann an der Spitze stünde, der sich keine Sorgen um Parlament und Wahlen machen muss«.

Zwar sind weniger gebildete Bevölkerungskreise und die Anhänger des FN stärker als andere von dem Wunsch nach Autorität betroffen, aber der Druck ist allgemein und bei allen Wählermilieus zu beobachten.<sup>31</sup> So haben die Funktionsstörungen der Demokratie den Aufstieg einer autoritären Sensibilität gefördert, die sich durchsetzt, und auf die der »Makronismus« zu reagieren versucht. Seit Mai 2017 ist zweifellos eine Machtkonzentration im Gange. Diese Auffassung und Ausübung von Macht hat den Nachteil, dass sie den Präsidenten erheblich stärker der öffentlichen Meinung aussetzt, ihn für alles verantwortlich macht, und, wenn sie scheitert, droht, populistisches Wahlverhalten bedeutend zu verstärken. Abschließend ist anzumerken, dass die Studie von Terra Nova in diesen Punkten ein Paradoxon oder sogar einen Widerspruch unter den LREM-Mitgliedern in den Fokus rückt: Sie unterstützen eine starke Führung und wünschen sich gleichzeitig eine aktive Beteiligung der Basis.

<sup>26</sup> Terra Nova Report, Oktober 2018, S. 84.

<sup>27</sup> Gilles Finchelstein, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès und CEVIPOF, Oktober 2018.

<sup>28</sup> Bruno Cautrès, Thierry Pech, Marc Lazar und Thomas Vitiello « La République En Marche : anatomie d'un mouvement » (abgerufen am 11.12.2018), Terra Nova, o8. Oktober 2018.

<sup>29</sup> In einem Interview mit der Zeitung »Le Point« vom 31. August 2017 hatte der Kandidat Macron eine »jupiterhafte Präsidentschaft« beansprucht.

<sup>30</sup> Ipsos Bitte ersetzen durch « *Fractures Françaises 2017 : la défiance recule... un peu.* » (abgerufen am 17.12.2018), Juni 2017.

<sup>31</sup> Ipsos « *Fractures Françaises 2017 : la défiance recule... un peu.* » (abgerufen am 17.12.2018), Juni 2017.



### III.

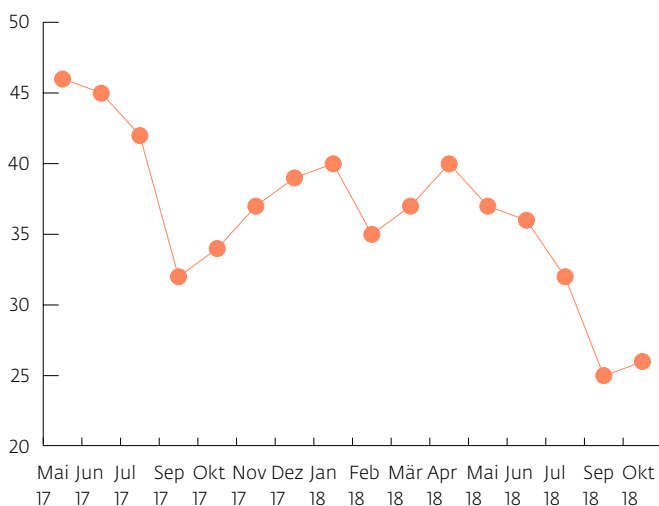
## Ende 2018: zunehmende Unbeliebtheit des Präsidenten und anhaltende Diskreditierung der Opposition

### 1. Reformeifer und Unbeliebtheit

Die von Emmanuel Macron eingeleiteten Reformen zielen eindeutig darauf ab, die strukturelle Unflexibilität zu verringern, die die Wirtschaftsaktivitäten behindert. Die von diesem intensiven Reformeifer ausgehende Entschlossenheit, die der Präsident einfordert, ist auch eine Art und Weise, der in der öffentlichen Meinung vorhandenen Forderung nach Autorität zu entsprechen und sich von der Amtszeit François Hollandes abzusetzen, deren stetige Verschlechterung seine Kandidatur schließlich unmöglich gemacht hat. Dennoch: Auch Emmanuel Macron entkommt der Unpopularität nicht. Ständig im Wachsen begriffen, ist sie zu einem entscheidenden politischen Faktor geworden. Vom Zeitpunkt seiner Wahl im Mai 2017 bis zum Oktober 2018 sank Macrons Beliebtheit von 46% auf 26%:

#### Beurteilung der Arbeit von Emmanuel Macron, Präsident der Republik.

% der positiven Meinungen  
(Ipsos-Politikbarometer April 2017–Oktober 2018)<sup>32</sup>



Innerhalb von etwas mehr als einem Jahr spiegelt das Tempo der von der neuen Mehrheit eingeleiteten Reformen eine Rastlosigkeit wider, die die Entschlossenheit des neuen Präsidenten demonstrieren soll. Man darf vermuten, dass diese intensive Reformwelle eine der Ursachen für die Unbeliebtheit des Präsidenten ist.<sup>33</sup> Es gibt nicht nur viele Reformen, sondern sie konzentrieren sich auch auf die heikelsten Punkte und betreffen die Themen, über die alle Regierungen seit der Ölkrise Mitte der 70er Jahre gestolpert sind. Obwohl sie nicht immer so tiefgreifend sind, wie die Regierung behauptet, haben diese Reformen fast immer eine starke symbolische Wirkung. Die Serie der Projekte erhält damit den Anschein einer Kulturrevolution:

- die Arbeitsmarktreform, von wesentlicher Bedeutung in einem Land, in dem die Massenarbeitslosigkeit seit Jahrzehnten nicht zurückgegangen ist. Das »Arbeitsgesetz« vom September 2017 ist Teil dieses Prozesses, indem es das Arbeitsrecht lockert, eine Arbeitslosenversicherung für bestimmte ausscheidende Arbeitnehmer schafft, und die Lehre und Berufsausbildung aufwertet;
- die Reform der SNCF, die den Sonderstatus der Eisenbahner ab 2020 aufhebt. Diese Reform ist typisch für die kulturellen Auswirkungen der Maßnahmen von Emmanuel Macron. Sie ist nicht so radikal, wie einige es sich gewünscht hätten, denn der Status der derzeitigen Eisenbahner wird beibehalten. Aber es ist ein großer symbolischer Sieg, erzielt dank der Entschlossenheit der Mehrheit gegenüber den in Frankreich üblichen kategorischen und berufs-

<sup>32</sup> Ipsos-Politikbarometer April 2017–Oktober 2018 « [Baromètre politique Ipsos avril 2017, octobre 2018](#) » (abgerufen am 12.12.2018). Frage: Wie beurteilen Sie die Arbeit von Emmanuel Macron als Präsident der Republik? (sehr positiv, eher positiv, eher negativ, sehr negativ: Die Grafik zeigt die Gesamtzahl der positiven Meinungen).

<sup>33</sup> Das ist die vom Ökonomen Charles Wiplosz vorgeschlagene Hypothese. « [Macron, les sondages et les réformes](#) » (abgerufen am 12.12.2018), *Télos*, 27. September 2018.



ständischen Widerständen, die sich immer wieder nachdrücklich Gehör verschaffen;

- die Steuerreform, die darauf abzielt, das Risiko zu fördern, einschließlich der Begrenzung der Vermögenssteuer ausschließlich auf Immobilienvermögen und der Einführung einer Abgeltungssteuer auf Erträge wie Dividenden, Kapitalgewinne und Zinsen zum einheitlichen Satz von 30% sowie der Abschaffung der »Exit-Steuer«, von der Steuerpflichtige betroffen waren, die ihr Steuerdomizil ins Ausland verlegt haben. Diese Steuerreformen wurden sowohl von der linken, wie auch von der rechten Opposition als »Geschenk an die Reichen« angeprangert;<sup>34</sup>
- die Reform der Berufsausbildung, die in Frankreich als kostspielig und ineffektiv bekannt ist; die Reform der Lehrlingsausbildung, angesichts der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit einer der schlimmsten Misserfolge Frankreichs;
- die Reform des nationalen Bildungssystems, eine zentrale Dauerbaustelle, die von Familien und Lehrern eingefordert wird, aber angesichts der Größe und Unbeweglichkeit des bürokratischen Apparats besonders schwer umzusetzen ist. Das nationale Bildungssystem benötigt tiefgreifende Veränderungen, aber die Reform in diesem Bereich ist besonders sensibel und erfordert viel Geduld und Vorsicht, was Minister Jean-Michel Blanquer vorerst zu gelingen scheint;

Weitere Beispiele sind die Reform des Gesundheitssystems, die gerade eingeleitete Rentenreform, die

<sup>34</sup> So kritisierte z. B. Laurent Wauquiez, dass »42% der Steuergeschenke, die Emmanuel Macron im Haushalt 2018 gemacht hat, den reichsten 5% des französischen Volkes zugutekommen«. (AFP vom 06. Februar 2018). Es sei darauf hingewiesen, dass das Forbes-Magazin vom 31. Mai 2018, das den Präsidenten unter dem Titel »Frankreich begrüßt (endlich) das Unternehmertum« als »Führer der freien Märkte« bezeichnete, damit eine Anerkennung zum Ausdruck brachte, die man in Frankreich zweifellos besser nicht verdient.

Reform der Politik zur Armutsbekämpfung und die von Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire eingeleitete Reform zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Auch die Überarbeitung der Verfassung ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, die das umstrittene Projekt enthält, die Zahl der Parlamentarier um fast ein Drittel zu verringern, sowie die Einführung einer Dosis Verhältniswahlrecht, was zu heftigem Widerstand im Senat führt. Die Opposition des Senats bildet die wachsende Feindseligkeit der lokalen Behörden ab und verstärkt sie, unabhängig davon, ob deren Mehrheit links oder rechts steht. Die Politik von Emmanuel Macron, die faktische Rezentralisierung mit einer Verringerung der Mittel zu verbinden, hat zu einer beispiellosen Konfrontation zwischen dem Staat und seinen Gebietskörperschaften geführt. Der Jahreskongress der französischen Regionen, der am 26. und 27. September 2018 in Marseille stattfand, erweckte den Anschein eines Aufstands der gewählten Vertreter. Zum ersten Mal fanden sich in diesem Zusammenhang der Verband der Bürgermeister Frankreichs, die Vereinigung der französischen Départements, die Vereinigung der französischen Regionen und der Präsident des Senats in beeindruckender Einstimmigkeit zusammen, um ihre Beschwerden gegenüber der Zentralregierung auszudrücken. Tatsächlich werden die Kommunen durch die Abschaffung der Wohnsteuer, die eine Einnahmequelle in Höhe von jährlich 21 Milliarden Euro darstellte, geschwächt, während sich das Gesetz zur öffentlichen Finanzplanung für 2018–2022 das Ziel gesetzt hat, 13 Milliarden Euro bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften einzusparen, was bereits während der Amtszeit von François Hollande stark gefordert wurde. Ebenso haben die Départements Schwierigkeiten, der Verantwortung für die vielen ihnen zugewiesenen sozialpolitischen Maßnahmen gerecht zu werden, die eine zunehmende Belastung darstellen.

Das Reformtempo ist eine plausible Erklärung für den Absturz von Präsident Macron in den Beliebtheitsumfragen. Eine Rückkehr zur Popularität scheint wenig aussichtsreich, da bekannt ist, dass Strukturreformen, sofern sie richtig gewählt und gut umgesetzt werden, lange Zeit keine positiven Wirkungen entfalten. Schließlich greift Macron, wie Charles Wiplosz betont, »gleichzeitig alle heiligen Kühe an, die aus dem Nachkriegsabkommen zwischen De Gaulle und der Kommunistischen Partei stammen. Der Colbertismus des einen und der Marxismus der anderen haben sich ganz natürlich darauf verständigt, Institutionen zu schaffen, die die Vorstellung von wirtschaftlicher Effizienz verachten, ein Begriff, der auch heute noch oft als Schimpfwort gilt. Dazu gehören staatliche Beihilfen für Einzelpersonen und Unternehmen, die paritätische Rentenverwaltung, das Quasi-Monopol des nationalen Bildungssystems, die Sozialversicherung – die bis vor kurzem ein wichtiger Treiber der Staatsverschuldung war – oder die verbindliche Umsetzung zentral getroffener Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. All dies macht Frankreich zu einem einzigartigen Fall von institutionalisierter Ineffizienz, ohne dass die Franzosen dies erkennen. Indem er diese heiligen Kühe angreift, rudert Macron gegen den Strom.«<sup>35</sup>

Es besteht kein Zweifel daran, dass diese erdrückenden Verbindlichkeiten, die vom einen zum nächsten Regierenden vererbt wurden, zu einer Bürde geworden sind, die die französische Gesellschaft Jahr für Jahr erschöpft, die politische, wirtschaftliche und soziale Krise anheizt und immer radikalere Reformen erfordert, die die Regierenden immer weniger in Gang setzen können.

## 2. Inexistenz einer Opposition in der öffentlichen Meinung

Laut einer Umfrage Ende Oktober 2018 glaubt die Hälfte der Franzosen (49%), dass keine politische Bewegung die Opposition gegen Emmanuel Macron verkörpert.<sup>36</sup> Jean-Luc Mélenchons Partei »La France Insoumise« wird am häufigsten genannt (21%), hat jedoch im Vergleich zu Oktober 2017 (35%) einen starken Rückgang zu verzeichnen. Es folgt die Partei »Rassemblement National« von Marine Le Pen (14%). Erst danach kommen die Regierungsparteien: Les Républicains von Laurent Wauquiez (10%), dann die Parti socialiste (3%), die nur knapp vor der Parti communiste (2%) liegt. Die UDI, Erbin des Zentrismus der UDF (Union pour la démocratie française) von Valéry Giscard d'Estaing, Raymond Barre oder François Bayrou, ist aus der öffentlichen Meinung so gut wie verschwunden (1%). Die Schwäche der Oppositionsparteien ist beeindruckend. Ganz offensichtlich bleibt Frankreich in dieser anti-politischen Atmosphäre gefangen, die von der Ablehnung traditioneller Parteien, Stimmenthaltungen und Proteststimmen gekennzeichnet ist. Umfragen zu den Wahlabsichten zeigen, dass die Auflösung des politischen Systems immer noch nicht zu einer Erneuerung führt. Dies zeigt sich am Vergleich der Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen (23. April 2017) mit einer ein Jahr später (April 2018) durchgeführten Umfrage zu den Wahlabsichten.<sup>37</sup>

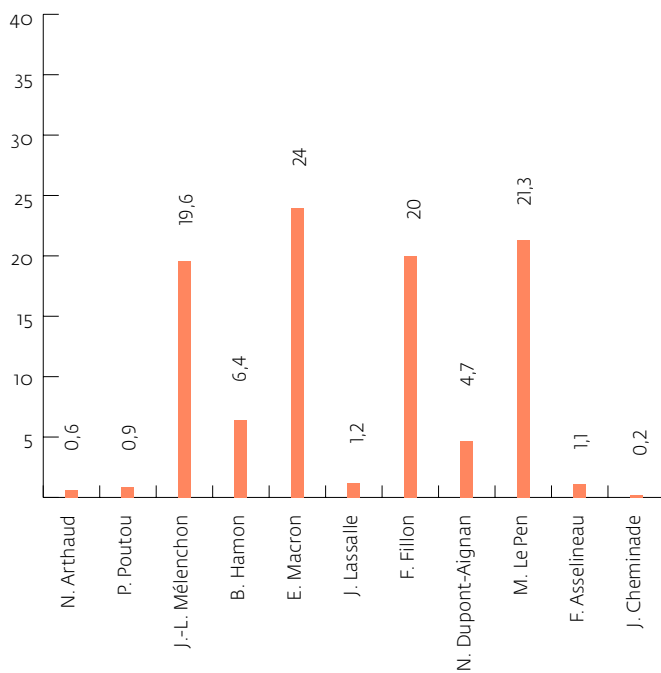
<sup>35</sup> « Macron, les sondages et les réformes » (abgerufen am 12.12.2018), *Télos*, 27. September 2018.

<sup>36</sup> *Sondage Elabe* (abgerufen am 16.12.2018). Repräsentative Stichprobe von 1.000 Personen der französischen Bevölkerung im Alter von 18 Jahren und darüber. Internet-Umfrage am 23. und 24. Oktober 2018. Der repräsentative Charakter der Stichprobe wurde durch die Quotenmethode sichergestellt: Geschlecht, Alter und Beruf des Befragten nach Schichtung per Region und Ballungsräumen.

<sup>37</sup> Ifop-Umfrage für *Paris Match* (abgerufen am 16.12.2018), 18. April 2018.

### Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen (23. April 2017)

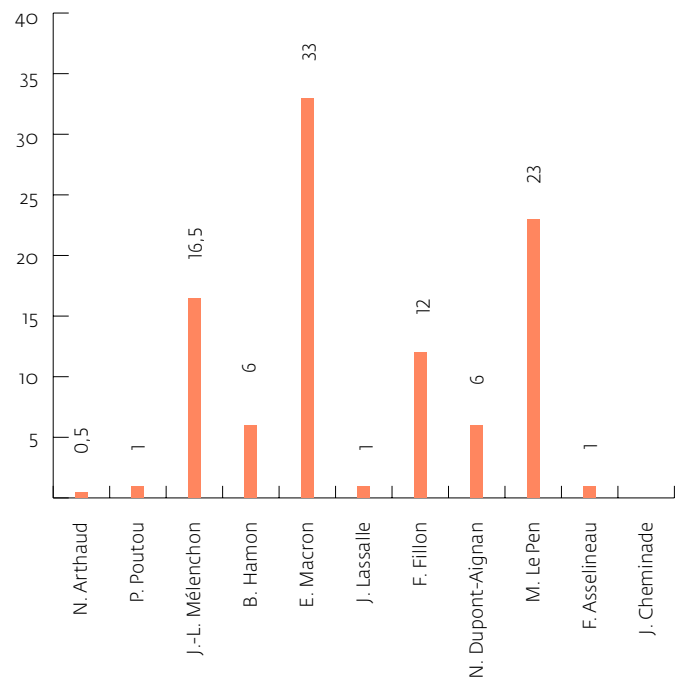
% der abgegebenen Stimmen



Ifop hat zwei verschiedene Annahmen verwendet, um die Entwicklung der Wahlabsichten der Franzosen zu analysieren. Im ersten Fall greift das Institut lediglich auf das Kandidatenangebot von 2017 zurück und misst die Ergebnisse, die dieses Angebot ein Jahr später erzielen würde. Dabei nimmt das Stimmengewicht von Jean-Luc Mélenchon leicht ab, aber jenes von Marine Le Pen steigt leicht an. Gemäß den Wahlabsichten vom April 2018 gehen die Stimmen zugunsten populistischer Kandidaten von 48,5% (tatsächliches Ergebnis im April 2017) auf 46,5% zurück. Emmanuel Macron stärkt seine Position durch einen starken Zuwachs von 24% im April 2017 auf 33% im April 2018.

### Simulation April 2018 (Hypothese 2017)

% der abgegebenen Stimmen



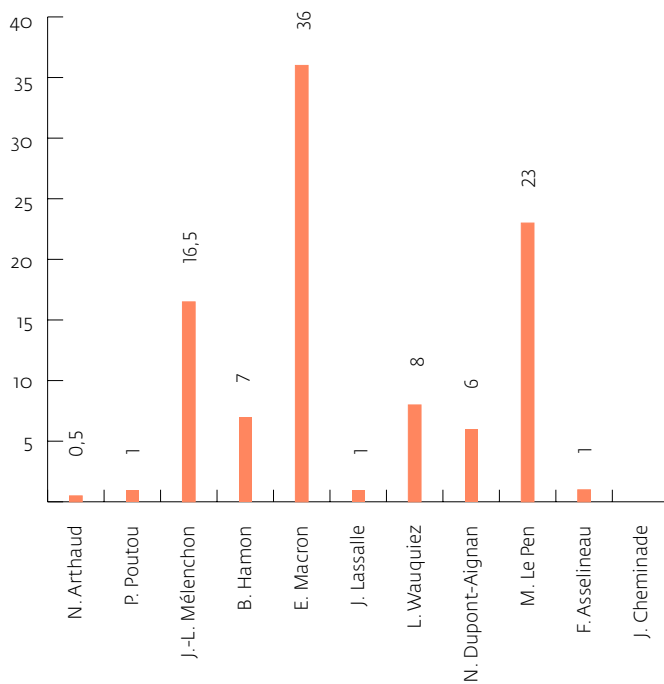
In dieser ersten Hypothese<sup>38</sup>, bleibt François Fillon der Kandidat der Rechten, was die Absicht, für diese politische Familie zu stimmen, nicht begünstigt, da sich der einstige Kandidat aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hat. Aus diesem Grund wollte das Ifop-Institut eine zweite Hypothese testen, indem es diese Kandidatur durch jene von Laurent Wauquiez, Führer von Les Républicains, ersetzte.<sup>39</sup> Wie man sieht, ist das Scheitern der Rechten spektakulärer, da ihr Kandidat auf 8% fällt. Vom Effekt dieses Rückgangs kann Marine Le Pen nicht profitieren, da sie genau auf dem in der

<sup>38</sup> Frage: Welcher der folgenden Kandidaten hätte die größten Chancen, von Ihnen gewählt zu werden, wenn am nächsten Sonntag die erste Runde der Präsidentschaftswahlen stattfinden würde? Ifop « *Le regard des Français sur la première année d'E. Macron à l'Élysée* » (abgerufen am 17.12.2018), April 2018, S. 6.

<sup>39</sup> Idem.

## IV. Der Charakter der politischen Krise Frankreichs

**Simulation April 2018** (Hypothese LR-Kandidat Wauquiez)  
% der abgegebenen Stimmen



vorherigen Hypothese gemessenen Niveau (23%) verbleibt. Andererseits begünstigt der Zusammenbruch des rechten Regierungskandidaten die Kandidatur von Emmanuel Macron, der in diesem Szenario einen starken Zuwachs von 24% im April 2017 auf 36% im April 2018 verzeichnet.

Frankreichs politische Krise ist tief. Sie besteht aus mindestens drei Komponenten: der Globalisierung, die eine starke Bewegung des historischen Wandels entfaltet, der Krise der Europäischen Union bezüglich ihrer Daseinsberechtigung und ihrer Funktionsweise, und schließlich einer rein französischen Krise. Hier können nur die letzten beiden Punkte angesprochen werden.

### 1. Eine europäische Krise

Die Krise Frankreichs spielt sich in einer Krise des Kontinents ab, die sowohl die Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch die Union selbst betrifft. Die Krise entstand 2005, als Frankreich den europäischen Verfassungsvertrag mit einer Mehrheit von 54,6% der Wähler ablehnte. Diese Krise war jedoch latent, was bereits im knappen Ergebnis zugunsten des Maastricht-Vertrags von 1992 (51,05 % gegenüber 48,95 %) spürbar war. Seitdem scheint sie von Jahr zu Jahr zuzunehmen und seit 2015 eine Art Beschleunigung zu erfahren: Mit der Annahme des Brexit im Juni 2016 begann eine Serie von Wahlen, die – unabhängig vom Land – immer durch den Rückgang oder gar Zusammenbruch der Regierungsparteien und einen Anstieg der meist antieuropäischen Protestbewegungen gekennzeichnet ist.

Dieses politische Klima auf dem europäischen Kontinent belastet die französische Situation und umgekehrt. Emmanuel Macron, der proeuropäischste Kandidat und 2017 der mit Abstand proeuropäischste Präsident, sieht seine Vision und seine Ambitionen durch die Entwicklung der politischen Landschaft Europas eindeutig behindert. Bereits im September 2017 läutete die Bundestagswahl das Ende seiner innovativsten und progressivsten Ideen ein, indem sie ihm die Unterstützung der Bundeskanzlerin und der führenden Wirtschaftsmacht der Europäischen Union entzog. Es ist bemerkenswert, dass – zumindest in

Frankreich – die Entwicklung der europäischen politischen Situation im Allgemeinen und der deutschen im Besonderen ausdrücklich als Nachteil für Emmanuel Macron kommentiert wird.

In diesem europäischen Rahmen müssen die politischen Auswirkungen der Migrationskrise betrachtet und verstanden werden. Die Ergebnisse des Front National und der Aufstieg von einwanderungsfeindlichen Parteien in Europa haben die gesamte politische Klasse unter Druck gesetzt. Die Besorgnis über die Unfähigkeit Europas, die Migrationsströme zu kontrollieren, ist einer der Haupttreiber populistischen Wahlverhaltens. Sie haben Präsident Macron schließlich dazu veranlasst, eine härtere Linie einzuschlagen als sein Vorgänger. Das Asyl-Einwanderungsgesetz vom April 2018 führt daher eine Reihe von energischen Maßnahmen ein, darunter eine Erhöhung der maximalen Dauer der Abschiebehaft auf 90 Tage, die Verlängerung der Verwaltungshaft zur Überprüfung des Aufenthaltsrechts einer Person von 16 auf 24 Stunden oder die Stärkung der Ermittlungsbefugnisse. Indessen ist die Entwicklung nationaler Einwanderungsgesetze, wie in Dänemark oder Italien, von einer mitunter sehr eindeutigen Verschärfung gekennzeichnet sowie durch einen feindseligeren Diskurs und eine ablehnende Politik. Das führt dazu, dass die französische Gesetzgebung vergleichsweise lockerer wird, so dass sie von den Wählern, die sie für zu freizügig halten könnten, zu einem Zeitpunkt sanktioniert werden könnte, zu dem sie dennoch strenger wird.<sup>40</sup>

## 2. Eine französische Krise

Die globalen und europäischen Krisenfaktoren werden durch ganz und gar französische Elemente ergänzt. Emmanuel Macron ist der Erbe einer langen Reihe von

machtlosen oder zu vorsichtigen Amtsvorgängern. Er nimmt die unbequeme Position desjenigen ein, der die großen Probleme, mit denen er bei seiner Ankunft konfrontiert war, nicht mehr an seinen Nachfolger weitergeben kann, ohne versucht zu haben, sie ernsthaft anzugehen. Der französische Charakter der Krise wird durch die Haushalts- und Steuersituation des Landes perfekt illustriert. Frankreich ist nicht in der Lage, sein Haushaltsdefizit zu beherrschen. Es trägt jedes Jahr zu einer Staatsverschuldung bei, die mittlerweile bei 100% des BIP liegt. Da die Regierungen keine echte Politik zur Senkung der öffentlichen Ausgaben wollen oder diese fürchten, beschließen sie ausnahmslos, die Steuerlast zu erhöhen, wogegen sich die Steuerzahler weniger einfach und weniger effektiv mobilisieren als die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Das Ergebnis ist ein Anstieg der Wut auf die Steuern in der öffentlichen Meinung. Sie könnte bei künftigen Wahlen eine Rolle spielen, da sie sich nicht nur gegen die Einkommensteuer richtet, die die Hälfte der Franzosen nicht oder nicht mehr zahlt, sondern auch gegen die Preise für Gas, Treibstoff oder Tabak, die größtenteils aus sehr hohen und sehr unbeliebten Steuern bestehen. So überschritt 2017 die Höhe der Pflichtabgaben die symbolische Schwelle von 1.000 Milliarden Euro. Im Einzelnen beläuft sich der Anteil der Steuern und verschiedenen Abgaben, denen die Franzosen 2017 unterlagen, auf 1.038 Milliarden Euro, was 43,3 Milliarden mehr sind als 2016 und 368,5 Milliarden mehr als 2002.<sup>41</sup> Die Steuerquote erreicht mit 45,3% des BIP ihren historisch höchsten Wert. Es überrascht nicht, dass – mit Ausnahme der Kapitalsteuersenkung – der Diskurs der Regierung über Steuersenkungen Mühe hat, die öffentliche Meinung zu überzeugen, sondern vielmehr den Vorwurf des »Präsidenten der Reichen« nährt. Es fällt leicht, der Regierungsrhetorik über Steuersenkungen die Erhöhungen entgegenzuhalten,

<sup>40</sup> Siehe Didier Leschi « Migrations. La France singulière » (abgerufen am 16.12.2018), Paris, Fondation pour l'innovation politique, Oktober 2018, 50 Seiten.

<sup>41</sup> Laut Angaben im Bericht des LREM-Abgeordneten Joël Giraud (*Le Figaro* vom 15. Oktober 2018).

die auf die Steuersenkungen folgen, sie aufheben und das tägliche Leben belasten.

So stellt man der Abschaffung der Wohnsteuer die Erhöhung der CSG (contribution sociale généralisée – allgemeiner Sozialbeitrag) um 1,7 Punkte, die Reduzierung des individuellen Wohngeldes (APL) oder die Erhöhung der Steuern auf die Preise für Treibstoffe, Heizöl, Gas, Tabak etc. gegenüber.

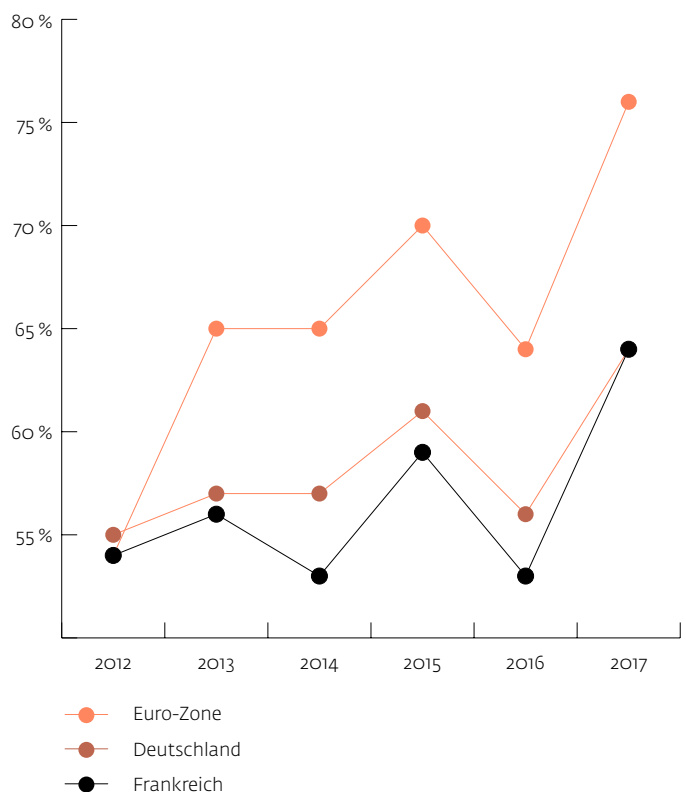
Ohne die öffentlichen Ausgaben zu senken (54,6% des BIP im Jahr 2017)<sup>42</sup>, vereint diese Finanzpolitik sämtliche Nachteile, die Unbeliebtheit sowie die Konsum- und Wachstumsverlangsamung, ohne dass es gelingt, das Defizitproblem zu lösen oder den stetigen Anstieg der Staatsverschuldung zu verhindern. Während sich die Wirtschaftslage 2018 verbessert hat und das öffentliche Defizit unter 3% des BIP (auf 2,6%) gesunken ist, sind die öffentlichen Ausgaben im gleichen Zeitraum um 2,5% gestiegen. Bezeichnenderweise sieht das Finanzgesetz 2018 die Streichung von 1.600 Beamtenstellen vor, was sich weit von dem Versprechen entfernt, 120.000 Stellen abzubauen.

### Fazit: Macron, Europa und die Demokratie sind schicksalhaft miteinander verbunden

Europa ist das Thema, in dem die Amtszeit von Emmanuel Macron am stärksten verankert ist. Die Franzosen sind Europa verbunden, mehr noch jedoch dem Europa des Euro.<sup>43</sup> Auch die Franzosen haben den Euro als Garant ihres persönlichen Vermögens verstanden.

Während der Franc unter den älteren Generationen noch sentimental Wert hat, so bedeutet der Euro mittlerweile eine materielle Absicherung. Er ist die Maßeinheit für das Vermögen, das die Franzosen schützen wollen. Unter den älteren Generationen garantiert der Euro das Erbe, das sie ihren Kindern hinterlassen möchten, und das durch eine Rückkehr zum Franc zwangsläufig dahinschmelzen würde. Der Euro bietet einer höchstmöglichen Anzahl von Menschen die Erfahrung eines schützenden Europas.

#### Der Euro ist eine gute Sache für mein Land



<sup>42</sup> [Projet de Loi de Finances \(PLF\) 2018](#) (abgerufen am 17.12.2018), S. 3.

<sup>43</sup> [Commission européenne. Enquêtes d'opinion sur l'euro.](#) (abgerufen am 18.12.2018). Frage: Sind Sie im Allgemeinen der Meinung, dass der Euro eine gute Sache für Ihr Land ist? (Die Grafik zeigt den Prozentsatz der Befragten, die der Meinung sind, dass der Euro eine gute Sache für ihr Land ist.)

Der fatale Irrtum von Marine Le Pen war, eine feindselige Haltung gegenüber der gemeinsamen europäischen Währung einzunehmen. Sie hat sich damit von den vitalsten Interessen der Bevölkerung entfernt. Die Kandidatin des Front National konnte die Präsidentschaftswahl 2017 aus verschiedenen Gründen nicht gewinnen. Aber es war vor allem die Bedrohung, die ihr Sieg für das Vermögen der Franzosen im Allgemeinen und der Arbeiter- und Mittelschicht im Besonderen bedeutete, die ihr den Weg versperrte. Die Hürde für die Wahl von Marine Le Pen war nicht die »republikanische Front«, die seit dreißig Jahren regelmäßig bemüht wird, den Front National im Namen der Werte der Republik zu verhindern. Es handelt sich vielmehr um eine Währungsfront, die die Franzosen selbst aufgestellt haben, um ihre Interessen als Sparer zu schützen. Solange der Euro stark ist, werden die Populisten unter den Widersprüchen leiden zwischen einem Diskurs, der der Europäischen Union feindlich gesinnt ist und ihnen ein bestimmtes Publikum sichert, und einem dem Euro gegenüber feindlichen Diskurs, der ihre Wahlerfolge blockiert.

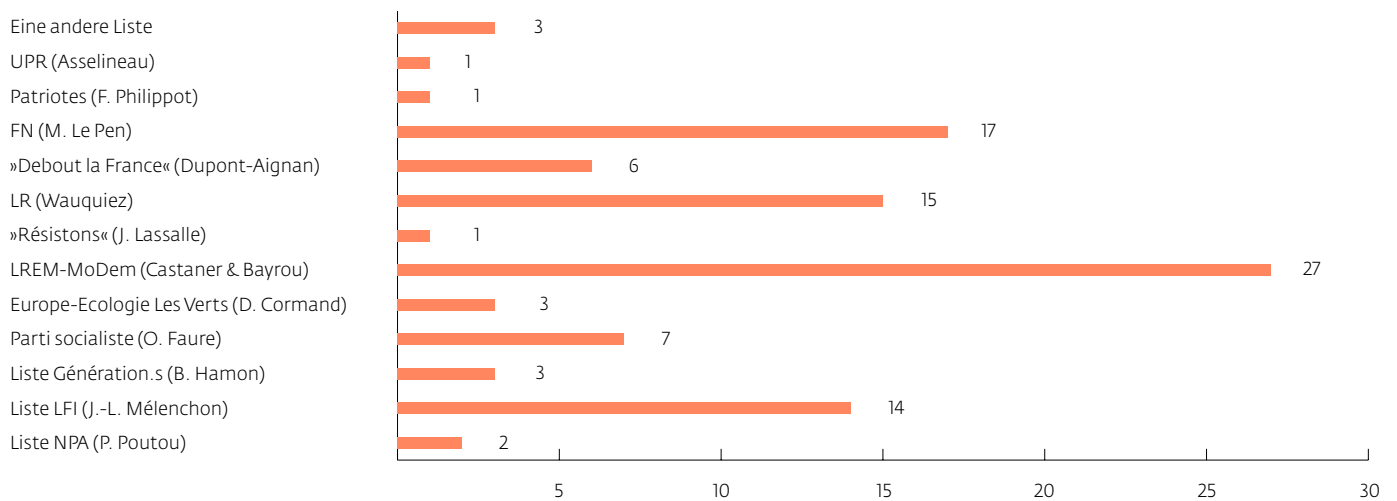
Als Konsequenz aus diesem Scheitern ist die Partei von Marine Le Pen, die sich nun Rassemblement National (RN) nennt, dabei, sich zum Euro zu bekehren. Die Umkehr der französischen Populisten zum Euro kann die Normalisierung der populistischen Parteien zur Folge haben und ihren Diskurs weniger auffällig machen. Angesichts der Gefahr, entweder die Sparer zu beunruhigen oder sich zu normalisieren, könnten Populisten beides vermeiden, indem sie Themen wie Einwanderung, Islam, Sozialchauvinismus oder Kriminalität stärker in den Vordergrund rücken. Vielleicht ist diese Entwicklung die Ursache dafür, dass die Umfragen zu den Abstimmungsabsichten bei den Europawahlen ein Andauern des stark populistisch geprägten Wahlverhaltens verzeichnen, was zu gegebener Zeit aus den Problemen der Mehrheit Kapital schlagen könnte.

Die Unterstützung des Euro unterstreicht die Schlüsselrolle, die der Bindung an Europa bei der Zurückhaltung der Wähler zukommt. Sowohl rechte wie linke Souveränisten mögen einige Erfolge erzielen, indem sie die Europäische Union in Frage stellen, aber sie werden letztlich abgelehnt, wenn sie die europäische Währung bedrohen. Dies ist ein wichtiger Punkt, der in der Wahlkabine letztendlich politische Gruppierungen und Kandidaten begünstigt, deren Äußerungen und Programme mit den Auflagen der Eurozone vereinbar sind. Der Sieg von Emmanuel Macron erklärt sich daher nicht nur aus den Rückschlägen von François Fillon in der ersten Runde oder der Anwesenheit von Marine Le Pen in der zweiten Runde. Die Franzosen haben einen besonders proeuropäischen Präsidenten gewählt, weil sie selbst der Europäischen Union stark verbunden sind, sei es mit dem Herzen oder mit dem Verstand. Die Unterstützung des Euro ist als Rückhalt einer moderaten und mit dem europäischen Gedanken kompatiblen Politik zu verstehen. Die Unterstützung des Euro und die Unterstützung der Europäischen Union blockieren den Vorstoß der Populisten. In Frankreich jedoch ist die derzeit am klarsten mit Europa identifizierte politische Persönlichkeit Emmanuel Macron. Trotz seiner Schwierigkeiten verleiht ihm diese Position echte Stärke, da ihm bisher niemand auf nationaler Ebene seine Führungsrolle in diesem wichtigen Bereich streitig machen konnte. In der aktuell einzigartigen Konstellation des politischen Wettbewerbs in Frankreich vertritt zum ersten Mal nur einer der Protagonisten eindeutig die europäische Idee. Dies ist der Grund dafür, dass Emmanuel Macron darauf hoffen kann, eine ausreichende Wählerbasis aufrechtzuerhalten, um bei den Europawahlen den ersten Platz anzustreben und seine Chancen auf die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2022 zu wahren.



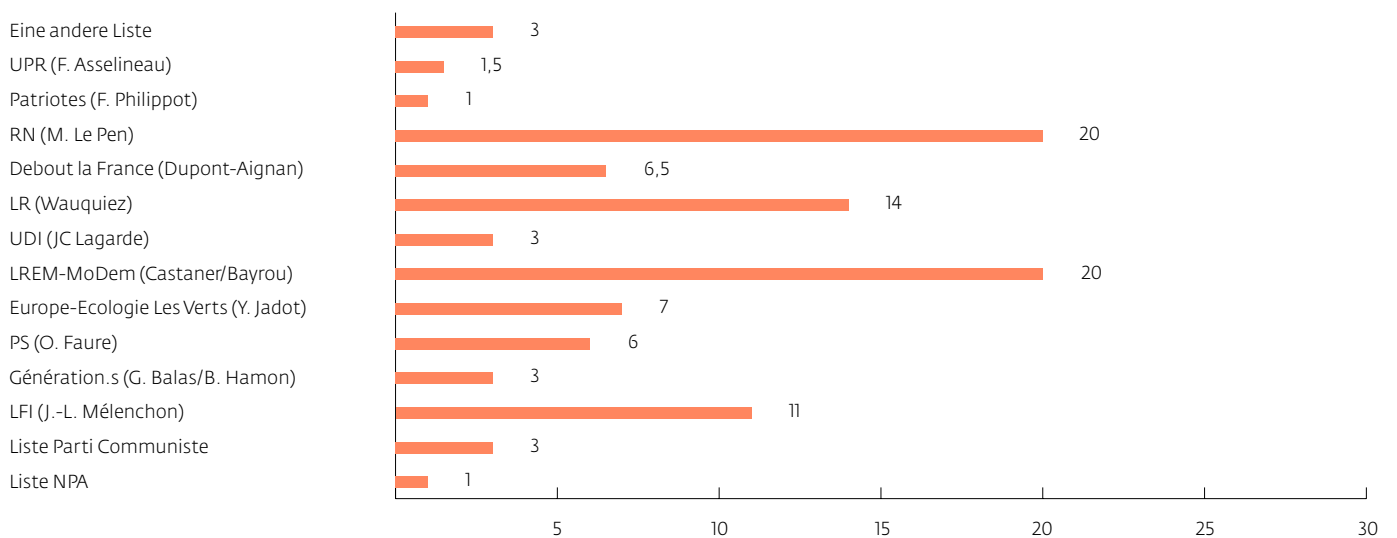
### Wahlabsichten bei den Europawahlen (07.–09. Mai 2018)<sup>44</sup>

% der abgegebenen Stimmen



### Wahlabsichten bei den Europawahlen (Oktober 2018)<sup>45</sup>

% der abgegebenen Stimmen



<sup>44</sup> Frage: Wenn am nächsten Sonntag die Europawahlen stattfinden würden, für welche der folgenden Listen würden Sie dann am wahrscheinlichsten stimmen? Quelle: Ifop, «[Les intentions de vote pour les élections européennes de 2019](#)» (abgerufen am 18.12.2018), Mai 2018, S. 5.

<sup>45</sup> Frage: Wenn am nächsten Sonntag die Europawahlen stattfinden würden, für welche der folgenden Listen würden Sie dann am wahrscheinlichsten stimmen? Quelle: Ifop, »Wahlabsicht bei den Europawahlen«, selbstverwalteter Online-Fragenkatalog vom 25.–29. Oktober 2018.



## Stiftung Genshagen – Deutschland, Frankreich und Polen für Europa

### Die Stiftung

Die Stiftung Genshagen ging aus dem Berlin-Brandenburgischen Institut (BBI) für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa e.V. hervor, das im Jahr 1993 vom Historiker Prof. Dr. Rudolf von Thadden und der späteren Beraterin des Kanzleramts Brigitte Sauzay gegründet wurde. 2005 wurde das BBI in eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts umgewandelt. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und das Land Brandenburg. Der wichtigste Drittmittelgeber ist das Auswärtige Amt.

### Profil

Als Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft und mit dem Ziel, Europa in seiner politischen Handlungsfähigkeit, sozialen Kohärenz, wirtschaftlichen Dynamik und kulturellen Vielfalt zu stärken, agiert die Stiftung in den Arbeitsbereichen »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« und »Kunst- und Kulturvermittlung in Europa«. Im Schloss Genshagen, abseits und doch in erreichbarer Nähe der Hauptstadt Berlin gelegen, ist die Stiftung ein Ort der Begegnung und des Dialogs zwischen Akteuren aus Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Hier entstehen neue Denkansätze und Lösungswege für aktuelle und künftige Herausforderungen in Gesellschaft und Politik – unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«. So werden in Genshagen Netzwerke verschiedener gesellschaftlicher Gruppen über Ländergrenzen hinweg etabliert und gefördert, unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt und neue Entwicklungspfade für die Zukunft Europas skizziert.

### Europäischer Dialog – Europa politisch denken

Der Arbeitsbereich »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen widmet sich der politischen Dimension der Zukunft Europas. Seinen Aktivitäten liegt die Überzeugung zugrunde, dass die europäische Integration bewahrt und vertieft werden muss, um Frieden, Freiheit, Solidarität und Wohlstand in Europa dauerhaft zu sichern. Mit seinen Projekten fördert der Europäische Dialog die Reflexion über den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt der Europäischen Union sowie über ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen. In seinen öffentlichen und nicht-öffentlichen Formaten findet ein lösungsorientierter Austausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Gesellschaft statt. Ein weiteres Ziel ist, die Zivilgesellschaft mit europäischen Themen anzusprechen, um vor allem jungen Menschen Europa nahezubringen, ihr Interesse an Mobilität und Austausch zu bestärken und einen zielgerichteten Dialog zur Formulierung politischer Ziele und Erarbeitung neuer Ideen für die Zukunft Europas zu organisieren.

### Die Genshagener Papiere

Die Genshagener Papiere widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Ziel dieser Reihe ist, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso an Politikfeldern orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online unter <http://www.stiftung-genshagen.de/publikationen/genshagener-papiere.html> zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.



# Décomposition du système politique et l'Europe comme enjeu : la présidence d'Emmanuel Macron fin 2018<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Cette analyse date du 2 novembre 2018 et ne fait donc pas référence au mouvement des « Gilets jaunes », dont le premier rassemblement national date du 17 novembre 2018.

# I. L'élection présidentielle de 2017 résulte de la dislocation du système politique français

Du point de vue de l'étude des forces politiques, le résultat de l'élection présidentielle de 2017 était imprévisible. Le seul résultat prévisible était une victoire de la droite. En effet, entre 2012 et 2017, les élections intermédiaires enregistrent un fort recul de la majorité socialiste de François Hollande. La domination de la droite représentée par Les Républicains (LR) et de l'Union des Démocrates et Indépendants (UDI), le plus souvent associés, est une évidence : 18 des 20 élections législatives partielles ont été remportées par la droite. Les élections municipales de 2014, les élections départementales puis les élections régionales de 2015 dans une moindre mesure, sont autant de victoires pour la droite. Ces scrutins ont d'autant plus donné à la droite l'assurance de la victoire en 2017 qu'il est apparu d'abord probable puis certain que François Hollande ne pourrait pas être réélu. Mais rien ne s'est passé comme prévu.

## 1. Emmanuel Macron est élu dans une France électoralement à droite

C'est dans une configuration exceptionnelle que le scrutin s'est déroulé, bouleversant tous les scénarios raisonnables. Le renoncement ou l'élimination des candidats les plus importants a eu lieu avant le scrutin lui-même. Deux présidents de la République et trois Premiers ministres sont écartés: François Hollande ne se représente pas, Nicolas Sarkozy, Alain Juppé et Manuel Valls sont battus lors de « primaires », pratique d'un usage très récent, en dehors de toute obligation institutionnelle, et qui n'avaient pas précédemment concerné en même temps la droite et la gauche ; enfin l'élimination de François Fillon au terme d'une campagne de premier tour dominée par le soupçon d'enrichissement personnel, voire de corruption, dans une atmosphère médiatique de moralisation de la vie publique où l'institution judiciaire a joué un rôle crucial, amplifié par la presse et décuplé par la furie des médias sociaux.

Les péripéties politiques, médiatiques et judiciaires ont joué un rôle qu'il faut prendre en compte, mais sans toutefois l'exagérer, car la dislocation du système politique français commence bien avant. Dès 2016, le déroulement des primaires de la droite et du centre (20 et 27 novembre 2016) avait démontré la montée en puissance d'un mouvement de rejet de l'offre politique voulue par les partis installés. Les primaires du mouvement écologiste (19 octobre–7 novembre 2016) avaient, dans la même logique de destitution, entraîné la défaite, dès le premier tour, de la principale candidate, Cécile Duflot, ancienne patronne du mouvement Europe Ecologie-Les Verts, députée puis ministre de François Hollande jusqu'à sa démission en 2014 pour marquer son désaccord avec la nomination de Manuel Valls au poste de Premier ministre. Enfin, les primaires organisées par le Parti socialiste les 22 et 29 janvier 2017 affirmeront la tendance, dans la victoire de Benoît Hamon, dont le poids au sein du PS était marginal.

## 2. Victoire d'Emmanuel Macron dans un contexte de dissidence électorale

Depuis 2001, je propose d'analyser les résultats électoraux en utilisant une catégorie que je nomme la « dissidence électorale »<sup>2</sup>, catégorie sous laquelle je propose de regrouper une pluralité de comportements différents mais qui ont en commun de signifier un rapport distancié, critique ou protestataire avec les choix proposés lors d'un scrutin, avec la procédure électorale, voire avec l'élection elle-même : l'abstention, le vote blanc et le vote protestataire<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Cf. mon article « Les élections législatives depuis 1958 » dans Pascal Perrineau et Dominique Reynié (dir.), *Le Dictionnaire du vote*, Paris, Presses Universitaires de France, 2001, p. 371–375.

<sup>3</sup> L'abstention comptabilise les électeurs inscrits sur les listes électorales mais qui ne vont pas voter. Le vote blanc désigne les électeurs qui déposent dans l'urne une enveloppe vide ou une enveloppe contenant un bulletin blanc. Jusqu'en 2017, le vote blanc était comptabilisé avec les bulletins « nuls » (plus d'un bulletin dans l'enveloppe, bulletin portant une marque particulière du type rature, inscriptions manuscrites, déchirure, etc.). Les

Lors du second tour de l'élection présidentielle de 2017, Emmanuel Macron l'emporte largement (66 %) face à Marine Le Pen (34 %). Mais malgré la gravité de l'enjeu, l'abstention atteint le niveau (25,4 %) le plus élevé à l'exception de l'élection de Georges Pompidou, en 1969, dont les logiques étaient cependant très différentes<sup>4</sup>. Il en va de même pour les bulletins blancs et nuls qui battent tous les records (8,51% des votants et 6,32% des électeurs inscrits).

Une comparaison avec le second tour de la présidentielle de 2002, très similaire à celui de 2017, témoigne de l'aggravation de la crise : en 2002, lors du second tour, la dissidence électorale atteignait 44,2% des électeurs inscrits ; en 2017, elle se situe entre 56,3% et 54,1%<sup>5</sup>.

### La dissidence électorale : 56,36 lors du 2nd tour de l'élection présidentielle (mai 2017)

Electeurs Inscrits			
	47 581 118		
Résultats	(1)		(2)
	Suffrages	% des inscrits	% des inscrits
<b>Abstention</b>	12.101.661	25,44	25,44
<b>Bulletins Blancs</b>	3.011.362	6,32	6,32
<b>Bulletins Nuls</b>	1.058.220	2,22	-
<b>Candidat Protestataire</b>			
<b>Marine Le Pen</b>	10.643.937	22,38	22,38
<b>Somme</b>	26.815.180	<b>56,36</b>	<b>54,14</b>

bulletins nuls peuvent être accidentels. Depuis plusieurs années, il existait une revendication visant à comptabiliser séparément les bulletins nuls et les bulletins blancs. L'idée était de ne pas confondre le geste consistant à participer au scrutin en exprimant sa volonté de ne pas voter pour les candidats en présence avec le geste accidentel, blagueur ou grossier que peut contenir le bulletin nul. En 2017, pour la première fois, les électeurs ont eu la possibilité de voter blanc et de voir leur geste respecté par la statistique électorale en étant comptabilisé à part.

<sup>4</sup> A cette époque, en 1969, la situation était très différente, les deux candidats finalistes, Georges Pompidou et Alain Poher incarnant chacun une tradition de la droite modérée, parlementariste et pro-européenne, privant de choix véritable les électeurs de gauche.

<sup>5</sup> Selon que l'on comptabilise ou non les bulletins nuls.

Mieux formés et mieux organisés pour affronter les scrutins impliquant un grand nombre de candidats sur tout le territoire, les partis de gouvernement qui venaient d'être battus pouvaient espérer que les élections législatives de juin 2017 leur rendraient un peu de leur pouvoir perdu. Ce fut le contraire qui se passa. Les élections législatives ont amplifié l'élection présidentielle en sanctionnant l'ensemble de la classe politique traditionnelle.

On doit noter que, lors de ces élections, deux records d'abstention ont été battus, à l'occasion du premier tour (52 %) et à l'occasion du second tour (57,4 %). Manifestement, les électors protestataires qui s'étaient agrégés pour l'élection présidentielle se sont d'une part dispersés et, principalement, abstenus lors des élections législatives. Les électeurs qui ont voté ont accordé une majorité absolue de sièges aux candidats de La République en Marche ! (LREM), avec 308 des 577 sièges de députés de l'Assemblée nationale. Le Parti socialiste qui disposait de la majorité absolue dans l'Assemblée sortante ne peut sauver que 30 députés ; Les Républicains parviennent à faire élire 112 députés.

C'est un signe de la puissance du mouvement de sanction qu'il faut relever : en juin 2017, 77% des députés sortants ne sont pas reconduits. C'est le taux de renouvellement le plus haut de toute la Vème République. Même en 1958, la nouvelle chambre élue pour mettre en place la nouvelle république avait connu un taux de renouvellement élevé, le record jusqu'en 2017, mais inférieur (72%)<sup>6</sup>.

<sup>6</sup> Cf. l'étude de la Fondation pour l'innovation politique, « [Le renouvellement des députés français : 1958–2017](#) » (consulté le 11 décembre 2018), 19 juin 2017.

## II. Le système des partis : décomposition sans recomposition

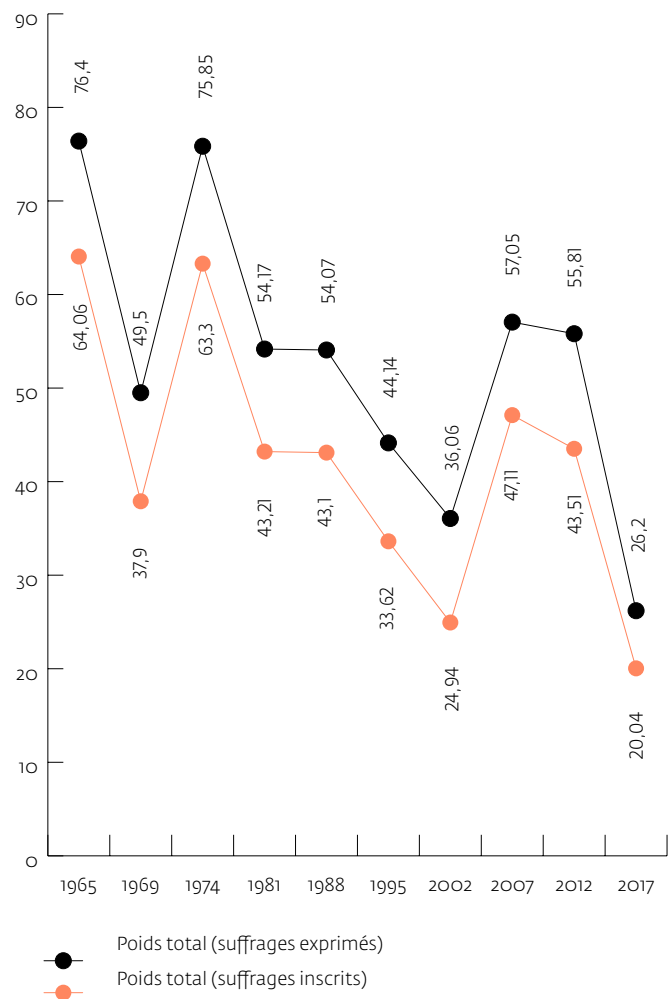
### 1. Les grands partis traditionnels : entre recul et effondrement

Toutes les élections présidentielles ont été animées et régulées, voire contrôlées, par les deux grandes formations politiques de la droite et de la gauche. On a pu reprocher à ces partis d'avoir cartellisé la vie politique, voire la démocratie française<sup>7</sup>. Tel n'a pas été le cas le 23 avril 2017 puisque seuls 26,2% des électeurs ont soutenu l'un des candidats des deux partis dominants, à gauche le Parti socialiste, à droite Les Républicains, ce qui représente 20% des électeurs inscrits<sup>8</sup>.

On peut le voir ici, l'effondrement de 2017 est la conséquence d'un effritement constant commencé il y a longtemps.

### Le poids électoral des partis de gouvernement à l'élection présidentielle

(Ensemble droite et gauche – 1<sup>er</sup> tour – suffrages exprimés et électeurs inscrits)



<sup>7</sup> Dans son ouvrage *Révolution*, publié en 2016, Emmanuel Macron constatait : « Nos partis politiques sont morts de ne plus être confrontés au réel, mais ils voudraient s'emparer de la principale élection pour perdurer. », *Révolution*, Paris, XO éditions, p. 40.

<sup>8</sup> Ministère de l'Intérieur 24 avril 2017, « [Election présidentielle 2017 : résultats globaux du premier tour](#) » (consulté le 15 décembre 2018).

L'effondrement des partis historiques est lié à un autre bouleversement : l'élection présidentielle de 2017 rompt spectaculairement avec les logiques du clivage gauche/droite. Emmanuel Macron se présente comme de gauche « et en même temps de droite » ; Marine Le Pen est la candidate d'un parti, le FN, qui se prétend depuis longtemps : « ni de droite, ni de gauche, français ». Les deux candidats arrivés en tête au premier tour ont donc en commun de refuser le clivage gauche-droite. Marine Le Pen met en scène une autre confrontation, sur laquelle insiste depuis longtemps Pascal Perrineau, celle opposant le camp des « patriotes » à celui des « mondialistes »<sup>9</sup>. En 2017, pour la première fois dans une élection présidentielle, le clivage entre « société ouverte » et « société du recentrage national » s'est imposé. Pour autant, si les résultats du second tour ne se comprennent pas depuis le clivage gauche/droite, ils reflètent en revanche un profond clivage social, très classique. Ainsi, la candidate du FN, Marine Le Pen dépasse largement son score national (34%) chez les ouvriers où elle est majoritaire (56%) ; elle domine plus encore (69%) chez ceux qui « s'en sortent très difficilement avec les revenus du ménage ». Chez les chômeurs (47%) elle n'est pas loin de faire jeu égal avec Emmanuel Macron (53%), de même chez les employés (46%), les non-bacheliers (45%) ou dans la tranche de revenus la plus basse (45%). A titre de comparaison, le meilleur score de Jean-Marie Le Pen en 2002 était de 31%, chez les ouvriers. On le voit bien ici, deux France s'opposent à la fois sur le terrain politique et sur le terrain social<sup>10</sup>.

Les partis traditionnels, le PS et les LR, sont victimes d'une double dépossession : la première au profit du nouveau mouvement, En Marche !, la seconde au profit des populistes, de droite, principalement Marine Le Pen,

et de gauche, principalement Jean-Luc Mélenchon. Avec Benoît Hamon en 2017, la famille socialiste réalise son plus mauvais score (6,36%) depuis 1969 (5%). L'électorat de François Hollande en 2012 (28,6%) s'est volatilisé : 46% des électeurs de François Hollande ont voté pour Emmanuel Macron, 26% pour Jean-Luc Mélenchon, 15% pour Benoît Hamon et 13% pour l'un des autres candidats<sup>11</sup>.

À droite, la déstructuration paraît moins avancée au premier coup d'œil. Le candidat des LR, François Fillon (20%), semble limiter les dégâts en égalant les scores que faisaient Jacques Chirac au premier tour, en 1981 (18%), 1988 (20%), 1995 (20,8%) et 2002 (19,8%). Mais notons d'abord que nous sommes très loin du score de Nicolas Sarkozy en 2007 (31,1%) et loin encore de son score de 2012 (27,1%) qui vit pourtant sa défaite. Ensuite, notons que l'échec de la droite en 2017 apparaît plus désastreux si l'on rappelle que lors de la plupart des élections présidentielles, la droite modérée était représentée par deux candidats, l'un issu du centre droit, l'autre venu de la famille gaulliste. Or, en 2017, François Fillon réalise 20% en étant l'unique candidat de ces droites modérées tandis que, pour ne prendre que l'exemple de 2007, la candidature de Nicolas Sarkozy (31,1%) voisinait avec celle d'un candidat de la famille centriste, François Bayrou (18,5%), soit un total de 49,6% ; de même en 2012, Nicolas Sarkozy (27,1%) et François Bayrou (9,1%), pourtant l'un et l'autre en fort recul, totalisaient encore plus du tiers des suffrages exprimés (36,2%).

En 2017, la droite s'est bel et bien effondrée. Son élimination du second tour est inédite. Elle est plus brutale que l'élimination du candidat socialiste dans la mesure où il s'agit de l'élection voulue et portée par la famille gaulliste dont se réclame François Fillon. En 1969, 2002 et 2017, les socialistes ont été éliminés dès le premier tour d'un scrutin auquel ils se sont historiquement

<sup>9</sup> Voir Pascal Perrineau, *La France au Front*, Paris, Fayard, 2014 et, toujours de Pascal Perrineau (dir.), *Le Vote disruptif. Les élections présidentielles et législatives d'avril-mai-juin 2017*, Paris, Presses de Sciences Po, 2017.

<sup>10</sup> Brice Teinturier : « Le second tour de l'élection présidentielle 2017 : sociologie des électeurs et profil des abstentionnistes », IPSOS, 7 mai 2017 (consulté le 11 décembre 2018).

<sup>11</sup> *Enquête électorale française 2017* réalisée par Sciences Po avec l'institut IPSOS, vague 14.



opposés et qu'ils n'ont jamais véritablement accepté, compte tenu de leur préférence doctrinale pour un régime parlementaire ; au contraire, la droite gaulliste ou néo-gaulliste, n'a pas cessé de regarder l'élection présidentielle comme l'institution gaulliste par excellence et finalement comme un patrimoine dont elle revendique fièrement la paternité.

La crise de la droite française est donc aussi profonde que celle de la gauche. Ainsi, depuis l'arrivée au pouvoir d'Emmanuel Macron et la nomination d'un Premier ministre issu des Républicains, Edouard Philippe, ce parti a connu des départs et des scissions, avec en particulier la création des « Constructifs ». Ce groupe de dissidents a rassemblé des élus LR soutenant Emmanuel Macron. Ils ont créé en novembre 2017 un nouveau parti, « Agir », dont le nouveau ministre de la culture Franck Riester a été le principal animateur. D'autres leaders républicains ont mis en place une structure autonome au sein du parti LR, comme l'association « Libres » de Valérie Pécresse, présidente de la région Ile-de-France ; d'autres ont préféré prendre leurs distances avec le parti, comme Alain Juppé ou François Baroin, président de la puissante Association des Maires de France, d'autres dirigeants importants ont démissionné, comme Xavier Bertrand, président de la région des Hauts de France ou Dominique Bussereau, président de l'Assemblée des départements de France. Ainsi, l'échec est aujourd'hui patent par rapport à l'ambition qui était celle de l'UMP, ancêtre des Républicains. Créée en novembre 2002, l'UMP ambitionnait de réunir sous un même toit les droites républicaines gaulliste et non gaulliste. Quinze ans après cet effort historique d'unification, inspiré par le modèle allemand de la CDU-CSU, la droite française est victime d'un processus de morcellement qui n'épargne même plus ceux qui se réclament encore du parti Les Républicains.

Tout n'est pas encore perdu pour les partis traditionnels en général et notamment pour ceux de la droite modérée. En effet, les élections des responsables d'exécutifs

locaux ayant eu lieu avant 2017, les collectivités territoriales restent entre les mains des partis défaits et constituent leur dernière place forte. Les Républicains (LR), les socialistes (PS) et les centristes (UDI) gouvernent la quasi-totalité des exécutifs municipaux, départementaux et régionaux. Ces élus locaux nombreux, plusieurs centaines de milliers, forment la base électorale du Sénat, si bien que la Chambre haute est encore entre les mains des partis traditionnels et tout particulièrement de la droite LR. En septembre 2017, lors des élections sénatoriales qui ont suivi l'élection présidentielle, LREM n'a obtenu que 28 sièges, alors que le parti en espérait le double. Les vieux partis résistent dans la France des territoires. C'est notamment pour avoir sous-estimé l'importance du rôle joué par ces relais politiques essentiels et la profondeur du clivage entre, d'un côté, la France des métropoles et, de l'autre côté, une France réunissant les villes petites et moyennes au monde rural, qu'Emmanuel Macron rencontre quelques-uns de ses adversaires les plus déterminés, et en particulier l'opposition du Sénat dont le rôle en matière de législation est important mais indispensable lorsqu'il s'agit de réviser la Constitution ou de légiférer sur l'organisation territoriale.

## 2. L'émergence difficile d'un nouveau parti majoritaire

Les conditions de la victoire imprévisible et soudaine d'Emmanuel Macron l'ont amené à forger une doctrine en quelques mois. C'est en revendiquant une position centrale et pour l'occuper durablement qu'il a dû également donner le jour à un nouveau mouvement politique, dénommé En Marche ! puis La République en Marche ! (LREM) dans le but notamment d'attirer les soutiens de la droite et de la gauche qui lui sont tellement nécessaires. C'est ainsi que le nouveau Président s'est doté d'une majorité parlementaire.

Créée *ex nihilo* cette majorité est nombreuse mais fragile. Nombre des parlementaires de la LREM sont novices en politique, éloignés des réalités locales, issus de la société civile et du monde de l'entreprise, peu habitués au monde des élus, comme en témoigne le profil des sympathisants et des adhérents d'En Marche !. Ils montrent qu'ils se situent plutôt au centre droit, se déclarent très favorables à l'Europe et qu'ils sont dotés d'une culture libérale, tant sur le plan sociétal que sur le plan économique, qui les singularise fortement au sein de la société française.

Ces éléments d'information nous sont fournis par deux études récemment publiées. Chacune porte sur une population particulière de LREM. L'une, que l'on doit à Gilles Finchelstein, pour le compte de la Fondation Jean-Jaurès dont il est le directeur, est consacrée aux **sympathisants**. Elle utilise des données recueillies au moment de l'élection présidentielle<sup>12</sup>. La seconde étude porte sur les **adhérents** et repose sur des données amassées un peu plus tard, après la victoire, au cours de l'année 2018. Nous la devons à un autre think tank, Terra Nova et dont le directeur, Thierry Pech, est l'un des co-auteurs<sup>13</sup>. Les deux études se complètent.

A propos des **sympathisants** de LREM, l'étude contredit au moins deux idées reçues : d'abord ils ne sont pas tous jeunes, puisque l'on relève au contraire une surreprésentation des plus de 64 ans ; ensuite, ils ne sont pas tous urbains, les sympathisants étant à peine

moins nombreux dans le monde rural. En revanche, l'étude menée par Terra Nova sur les **adhérents** de 2018, réaffirme qu'ils sont plus urbains et plus jeunes que la moyenne<sup>14</sup>. Les deux données ne sont pas nécessairement en contradiction dans la mesure où elles ne portent pas sur les mêmes populations et où elles ont été menées dans deux contextes historiques différents : avant et après l'élection de Macron.

Ces deux études mettent au jour les indicateurs socio-démographiques qui dessinent, sans surprise, le portrait de « la France qui va bien et qui se sent bien ». Parmi les **sympathisants**, on note une sous-représentation des employés et des ouvriers<sup>15</sup>, une surreprésentation des personnes les plus diplômées<sup>16</sup> ainsi que des plus hauts revenus. De même, 58 % des sympathisants ont le sentiment d'avoir réussi leur vie, contre 44 % de l'ensemble des Français, et ils ne sont que 14 % à considérer que la mondialisation a un impact négatif sur leur emploi, contre 33 % pour l'ensemble des Français.

Sur le plan politique, les sympathisants de LREM se situent plutôt au centre-droit<sup>17</sup> comme le montre leur auto positionnement sur l'échelle gauche/droite<sup>18</sup>. Notons que 20 % d'entre eux avaient voté pour François Fillon lors du premier tour de l'élection présidentielle de 2017.

<sup>12</sup> Gilles Finchelstein, « *Portrait-robot des sympathisants de la République en Marche* » (consulté le 11 décembre 2018), Fondation Jean Jaurès, 21 septembre 2018. L'étude repose sur les données du panel de Cevipof réalisé par Ipsos, soit 1696 sympathisants de LREM. Sur une base de 12 387 électeurs, 14 % des membres de l'échantillon se disent proches de LREM, 14 % de LR ; 13 % du FN ; 9 % du PS ; 7 % du FI/FG et 25 % d'aucun parti.

<sup>13</sup> Bruno Cautrès, Thierry Pech, Marc Lazar et Thomas Vitiello, « *La République En Marche : anatomie d'un mouvement* » (consulté le 11 décembre 2018), Terra Nova, 08 octobre 2018. Un questionnaire a été administré à un échantillon de 8 815 adhérents, juin 2018.

<sup>14</sup> Selon Terra Nova, 27 % seulement ont plus de 60 ans à LREM, contre 38 % au PS, 33 % à LR et 30 % au FN. Les trois quarts (72,6 %) habitent dans des pôles urbains contre 59,2 % pour l'ensemble de la population (*Rapport Terra Nova*, p.39).

<sup>15</sup> « Alors qu'il y a 27 % d'employés et d'ouvriers dans la population, il n'y en a que 17 % chez les sympathisants de LREM », in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès et Cevipof, septembre 2018, p.6.

<sup>16</sup> 27 % à Bac+4 ou au-dessus, soit 8 points de plus que la moyenne. Source : Sciences Po Cevipof, Ipsos, Sopra Steria, Fondation Jean-Jaurès, Le Monde, *Enquête électorale française : comprendre le vote*. Vague 19, juin 2018.

<sup>17</sup> 40% viennent de la droite, 7% du centre, 27% de la gauche, 5% de l'extrême droite, 13% d'aucun parti, in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès et Cevipof, octobre 2018, p.9.

<sup>18</sup> En moyenne, les sympathisants de LREM se situent à 5,6 sur une échelle de 0 (très à gauche) à 10 (très à droite), in *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès et Cevipof, octobre 2018, p.9.

Un premier élément qui distingue les sympathisants LREM est la quasi-unanimité (93 %) de leur jugement positif de la première année de mandat d'E. Macron<sup>19</sup>. Par comparaison, au bout d'un an, 81 % des sympathisants UMP jugeaient positivement la présidence de Nicolas Sarkozy, et 77 % des sympathisants PS portaient une appréciation favorable à la présidence de François Hollande. Ce socle de soutien solide s'articule autour de deux grands marqueurs idéologiques : un engagement pro-européen et un libéralisme affirmé.

### La position centrale des sympathisants d'En Marche (en %)<sup>20</sup>

	Sympathisants PS	<b>Sympathisants En Marche</b>	Sympathisants LR
Pour faire face aux difficultés économiques, l'Etat doit faire confiance aux entreprises et leur donner plus de liberté	47	<b>78</b>	83
En matière de justice sociale, il faudrait prendre aux riches pour donner aux pauvres	52	<b>31</b>	16
Il faudrait réduire le nombre de fonctionnaires	19	<b>45</b>	67
Les chômeurs pourraient trouver du travail s'ils le voulaient vraiment	21	<b>35</b>	48
De nos jours les parents n'ont plus aucune autorité	49	<b>56</b>	71
Il y a trop d'immigrés en France	24	<b>37</b>	74
L'Islam est une menace pour l'Occident	32	<b>40</b>	74
Il faudrait rétablir la peine de mort	14	<b>20</b>	41

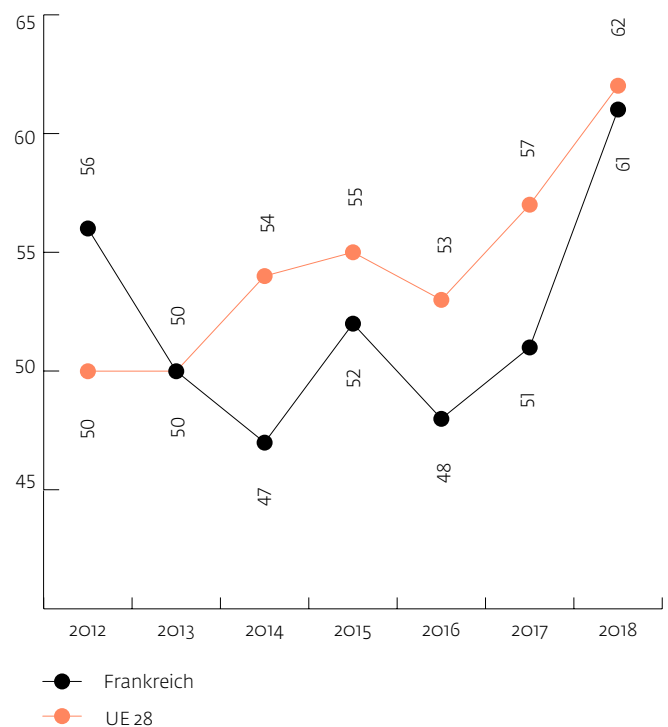
<sup>19</sup> Contre 43 % pour la moyenne des Français, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, Fondation Jean Jaurès et Cevipof, octobre 2018, p.12.

<sup>20</sup> Source : *Enquête électorale française 2017*, IPSOS, Sciences Po CEVIPOF, 27-30 mai 2017.

Alors que les candidatures anti européennes n'avaient jamais réalisé un score aussi élevé lors d'une élection présidentielle, au premier comme au second tour, ce scrutin a cependant débouché sur la victoire du seul candidat résolument pro-européen. Cet engagement se retrouve dans l'importance accordée aux questions européennes par les sympathisants de LREM : 63 % des sympathisants jugent le mot « Europe » positif, contre 41 % dans l'ensemble des Français et 11 % parmi les sympathisants du FN<sup>21</sup>.

Sur ce point, les sympathisants et les adhérents de LREM sont à l'unisson de la société française :

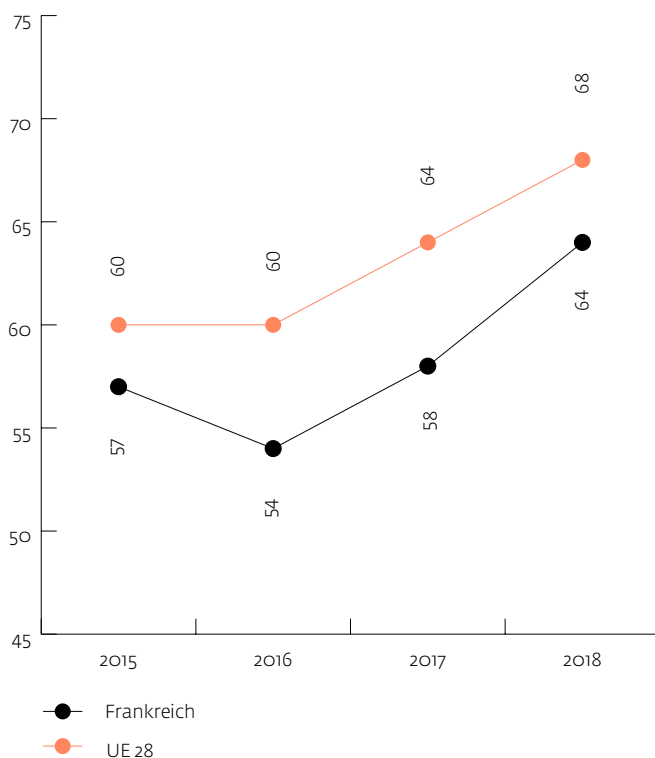
### » L'appartenance de la France à l'UE est une bonne chose « (en %) <sup>22</sup>



<sup>21</sup> Gilles Finchelstein, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche* » Fondation Jean Jaurès et Cevipof, octobre 2018, p.14.

<sup>22</sup> Question : De manière générale, pensez-vous que l'appartenance de votre pays à l'UE est... Réponses : une **bonne chose**, une mauvaise chose, ni une bonne ni une mauvaise chose, ne sait pas. Sources (Parlement européen, TNS Opinion & Social) : Eurobaromètres/Parlemètres 77.4, 79.5, 82.4, 84.1, 86.1, 88.1, 90.1.

### L'appartenance à l'UE jugée bénéficiaire (en %) <sup>23</sup>



<sup>23</sup> Question : *Tout bien considéré, estimez-vous que « NOTRE PAYS » a bénéficié ou non de son appartenance à l'UE ?* Réponses : **A bénéficié**, n'a pas bénéficié, ne sait pas. Sources (Parlement européen, TNS Opinion & Social) : Eurobaromètres/Parlemètres 84.1, 86.1, 88.1, 90.1.

Les sympathisants se distinguent beaucoup plus lorsqu'ils défendent des opinions favorables au libéralisme économique et culturel<sup>24</sup>. Sur les questions sociétales, ils se rapprochent des électeurs de gauche, qu'il s'agisse de l'orientation sexuelle, des opinions religieuses, de la peine de mort ou de l'égalité hommes et femmes. Ils s'en distinguent cependant sur certaines thématiques liées aux valeurs collectives, comme l'immigration et la place de l'Islam dans la société française, qui révèlent par ailleurs des divisions internes. En effet, pour ces questions, les sympathisants sont partagés entre ceux qui témoignent d'une ouverture relative, les indécis et ceux qui ont tendance à avoir une attitude plutôt fermée ou conservatrice : 37 % sont d'accord avec l'affirmation « il y a trop d'immigrés en France », 37 % ne sont ni en accord ni en désaccord et 26 % sont en désaccord ; 44 % sont d'accord avec l'affirmation « l'Islam représente une menace pour l'Occident », 28 % sont indécis et 28 % sont en désaccord ; 30 % sont d'accord avec l'affirmation « en matière d'emploi, on devrait donner la priorité à un Français sur un immigré », 34 % sont indécis et 36 % sont en désaccord<sup>25</sup>.

Sur les questions économiques, les sympathisants de LREM se rapprochent des électeurs de droite en se déclarant favorables au libre-échange et à la compétitivité des entreprises : 83 % considèrent qu'il faut « faire davantage confiance aux entreprises et leur donner plus de liberté » (82 % parmi les LR) et une proportion souhaitant aller vers plus de libre-échange (81%) très nettement supérieure à celle que l'on trouve chez les sympathisants LR (54 %). Concernant le service public, ils sont plus nombreux que la moyenne – et majoritaires – à souhaiter une réduction du nombre de fonctionnaires<sup>26</sup>.

<sup>24</sup> Selon Gilles Finchelstein, « les sympathisants LREM appartiennent à une famille politique qui n'a jamais existé » (consulté le 11 décembre 2018), *Huffington Post*, 21 septembre 2018.

<sup>25</sup> *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche*, pp. 21–23.

<sup>26</sup> *Rapport Terra Nova*, octobre 2018, p. 84.

Selon l'étude Terra Nova, les deux tiers des adhérents (67 %) sont favorables à une réduction du nombre de fonctionnaires, soit un score supérieur à celui que l'on trouvait chez les sympathisants en mai 2017 (52%)<sup>27</sup>, alors que cette opinion est partagée en moyenne par 45% des Français. Comparativement aux autres partis, les adhérents de LREM apparaissent plus jeunes, leur niveau de formation est particulièrement élevé (80 % d'entre eux sont diplômés du supérieur), les cadres et les professions libérales sont majoritaires (60%) ainsi que les actifs du secteur privé (71%). En termes de revenus, les adhérents se situent dans la moitié supérieure de la société française. Dans l'ensemble, ils bénéficient d'un relatif sentiment de stabilité et de sécurité économique ainsi que d'un fort capital culturel<sup>28</sup>.

Devenu Président, et afin de répondre à une forte demande d'autorité que l'on retrouve dans l'opinion, Emmanuel Macron a revendiqué la verticalité en multipliant les actes et les références à une « autorité jupitérienne »<sup>29</sup> ce qui a pu faire sourire. Cependant, la plupart des Français approuvent l'idée que l'on « a besoin d'un vrai chef en France pour remettre de l'ordre » (88%) et que « l'autorité est une valeur qui est trop souvent critiquée » (84%)<sup>30</sup>. De plus, sur ces deux items, les sympathisants d'En Marche ! sont beaucoup plus proches des électeurs de droite que des électeurs de gauche. Bien sûr, une forte majorité de Français (78%) considère toujours que « si la démocratie peut poser des problèmes, elle est quand même mieux que n'importe quelle autre forme de gouvernement » mais, en trois ans, ce pourcentage a reculé de 6 points. Aujourd'hui

c'est une forte minorité (42%) qui pense qu'avoir « à sa tête un homme fort qui n'a pas à se préoccuper du Parlement et des élections serait une bonne façon de gouverner le pays ».

Certes, les milieux populaires et les sympathisants du FN sont plus concernés que d'autres par la demande d'autorité, mais la poussée est générale et visible dans tous les électors<sup>31</sup>. Ainsi, les dysfonctionnements de la démocratie ont favorisé la montée d'une sensibilité autoritaire qui s'affirme et à laquelle le macronisme tente de répondre. Une concentration des pouvoirs est indiscutablement à l'œuvre depuis mai 2017. Cette conception et cette pratique du pouvoir ont pour inconvénient d'intensifier considérablement l'exposition du président au jugement de l'opinion, de le rendre responsable de tout et, en cas d'échec, elles menacent d'alimenter fortement le vote populiste. Notons pour finir que, sur ces points, l'étude de Terra Nova met en avant un paradoxe, voire une contradiction chez les adhérents de LREM. Ils plébiscitent un fort leadership et, en même temps, ils souhaitent une participation active de la base.

<sup>27</sup> Gilles Finchelstein, *Portrait-robot des sympathisants de La République En Marche* » Fondation Jean Jaurès et Cevipof, octobre 2018.

<sup>28</sup> Bruno Cautrès, Thierry Pech, Marc Lazar et Thomas Vitiello, « *La République En Marche : anatomie d'un mouvement* » (consulté le 11 décembre 2018), Terra Nova, 08 octobre 2018.

<sup>29</sup> Dans un entretien au journal *Le Point*, le 31 août 2017, le candidat Macron avait revendiqué l'exercice d'une « présidence jupitérienne ».

<sup>30</sup> IPSOS, *Enquête sur les « fractures françaises »* (consulté le 17 décembre 2018), juin 2017.

<sup>31</sup> IPSOS, *Enquête sur les « fractures françaises »* (consulté le 17 décembre 2018), juin 2017.

### III.

## Fin 2018, l'impopularité grandissante du président cohabite avec le discrédit persistant de l'opposition

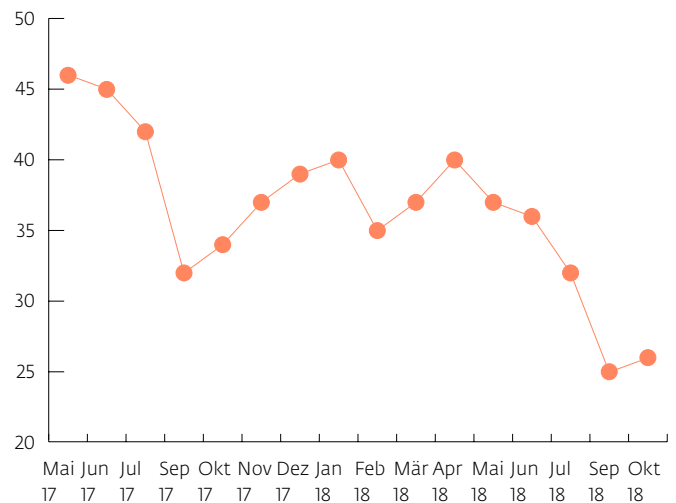
### 1. Réformisme et impopularité

Manifestement, les réformes engagées par Emmanuel Macron visent un assouplissement des rigidités qui entravent l'activité économique. Le volontarisme qui découle de ce réformisme intense et que le président revendique est aussi une manière de prendre en compte la demande d'autorité présente dans l'opinion et de faire contraste avec le quinquennat de François Hollande dont la dégradation continue a fini par rendre impossible sa candidature. Néanmoins, Emmanuel Macron n'échappe pas lui non plus à l'impopularité. Sans cesse croissante, elle est devenue un fait politique déterminant. Entre son élection, en mai 2017 et octobre 2018, la proportion des jugements favorables est passée de 46% à 26% :

#### Le jugement porté sur l'action d'Emmanuel Macron, président de la république.

% d'avis favorables

(baromètre politique Ipsos avril 2017–octobre 2018)<sup>32</sup>



<sup>32</sup> « Baromètre politique Ipsos avril 2017, octobre 2018 » (consulté le 12 décembre 2018). Question posée : Quel jugement portez-vous sur l'action d'Emmanuel Macron en tant que Président de la République ? (Très favorable, plutôt favorable, plutôt défavorable, très défavorable : le graphique illustre le total des avis favorables).

En un peu plus d'un an, le rythme des réformes engagées par la nouvelle majorité témoigne d'un activisme destiné à démontrer le volontarisme du nouveau président. On peut faire l'hypothèse que cette intense vague réformiste est l'une des causes de l'impopularité du président<sup>33</sup>. Non seulement les réformes sont nombreuses, mais elles portent sur les points les plus sensibles et concernent les sujets sur lesquels ont buté tous les gouvernements depuis les chocs pétroliers du milieu des années 1970. Si elles ne sont pas toujours aussi profondes que le gouvernement l'affirme, ces réformes ont presque toujours une forte charge symbolique. La série des chantiers s'apparente ainsi à une révolution culturelle :

- La réforme du marché du travail, essentielle dans un pays où le chômage de masse ne recule pas depuis des décennies. La « loi travail » de septembre 2017 s'inscrit dans cette démarche, en assouplissant le droit du travail, en créant une assurance chômage pour certains salariés démissionnaires, en revalorisant l'apprentissage et la formation professionnelle ;
- La réforme de la SNCF, qui acte la suppression du statut particulier des cheminots à partir de 2020. Cette réforme est typique de l'impact culturel de l'action publique menée par Emmanuel Macron. Elle n'est pas aussi radicale que certains l'aurait souhaité, le statut sera conservé pour les cheminots actuels, mais c'est une grande victoire symbolique obtenue grâce à la détermination de la majorité face aux oppositions catégorielles et corporatistes habituelles en France et qui se sont exprimées avec force ;
- La réforme de la fiscalité visant à favoriser le risque au détriment des rentes, comprenant le transfert de l'ISF sur la seule fortune immobilière et l'instauration

d'une « flat tax » sur les revenus des placements du type dividendes, plus-values et intérêts au taux unique de 30 % ; la suppression de l'« exit tax » qui imposait les contribuables transférant leur domicile fiscal hors de France. Ces réformes fiscales ont été dénoncées comme un « cadeau aux riches » par l'opposition de gauche mais aussi par l'opposition de droite<sup>34</sup> ;

- La réforme de la formation professionnelle, connue en France pour être couteuse et inefficace ; la réforme de l'apprentissage, l'un des échecs français les plus terribles si l'on considère le niveau dramatiquement élevé du chômage des jeunes ;
- La réforme de l'Éducation nationale, chantier permanent, à la fois central, attendu par les familles et les enseignants mais si difficile à réaliser compte tenu du gigantisme et de la rigidité de l'appareil bureaucratique. L'Éducation nationale appelle de profonds changements mais la réforme en ce domaine est particulièrement sensible et elle suppose beaucoup de patience et de précaution, ce que semble réussir pour le moment le ministre Jean-Michel Blanquer ;
- Notons encore la réforme du système de santé ; la réforme des retraites, qui vient d'être lancée ; la réforme des politiques de lutte contre la pauvreté ; la réforme menée par le ministre de l'Économie et des Finances, Bruno Le Maire, dans le but de favoriser la compétitivité de l'économie française ; ou encore la révision de la constitution, contenant le projet controversé de réduire le nombre des parlementaires, de près d'un tiers, et l'introduction d'une dose de proportionnelle dans le processus électoral,

<sup>33</sup> C'est l'hypothèse que propose l'économiste Charles Wiplosz : « *Macron, les sondages et les réformes* » (consulté le 12 décembre 2018), *Télos*, 27 septembre 2018.

<sup>34</sup> Par exemple Laurent Wauquiez a dénoncé le fait que, selon lui, « 42 % des cadeaux fiscaux qui ont été faits dans le budget 2018 par Emmanuel Macron sont faits pour les 5 % des Français les plus riches ». (AFP du 6 février 2018). Notons que lorsque le magazine Forbes du 31 mai 2018 qualifie le Président de « *leader of the free markets* » sous titrant « *France (finally) embraces entrepreneurship* », il exprime une reconnaissance qu'il est sans doute préférable de ne pas mériter en France.



suscitant l'opposition virulente du Sénat. L'opposition de la Haute assemblée représente et amplifie l'hostilité grandissante des collectivités locales, que leur majorité soit de gauche ou de droite. La politique d'Emmanuel Macron combinant une recentralisation de fait et une réduction de leurs moyens est à l'origine d'une confrontation sans précédent entre l'Etat et ses collectivités territoriales. Le congrès annuel des régions de France, qui s'est réuni à Marseille les 26 et 27 septembre 2018, a pris des airs d'insurrection des élus. Pour la première fois, l'Association des Maires de France, l'Association des Départements de France, l'Association des Régions de France et le président du Sénat se sont réunis dans ce cadre pour exprimer dans un chœur impressionnant leurs griefs à l'intention du pouvoir central. Il est vrai que les communes sont affaiblies par la suppression de la taxe d'habitation qui représentait une ressource annuelle de 21 milliards d'euros, tandis que la loi de programmation des finances publiques pour 2018-2022 s'est donnée comme objectif d'économiser 13 milliards d'euros sur les dépenses des collectivités territoriales que le quinquennat de François Hollande avait déjà beaucoup sollicité. De même, les départements éprouvent des difficultés pour assumer la responsabilité des nombreuses politiques sociales qui leur sont dévolues et dont la charge augmente constamment.

Le rythme des réformes est une explication recevable de la chute du président Macron dans les enquêtes de popularité. Le retour à la popularité paraît peu probable puisque l'on sait que les réformes de structure, à supposer qu'elles soient bien choisies et bien menées, ne produisent aucun effet positif avant longtemps. Enfin, ainsi que le souligne Charles Wiplosz, Macron « s'attaque simultanément à toutes les vaches sacrées héritées de l'accord passé après-guerre entre De Gaulle et le Parti communiste. Le colbertisme de l'un et le marxisme des autres se sont tout naturellement accordés pour mettre en place des institutions qui bafouent la notion d'efficacité économique, cette notion qui reste souvent encore aujourd'hui un gros mot. On peut mentionner les aides d'État aux particuliers et aux entreprises, la gestion paritaire des retraites, le quasi-monopole de l'Éducation nationale, la Sécurité sociale – qui jusqu'à une date récente a été une grande contributrice à la dette publique – ou l'application obligatoire des accords centralisés entre syndicats et patronat. Tout ceci fait de la France un cas unique d'inefficacité institutionnalisée sans que les Français ne s'en rendent compte. En s'attaquant à ces vaches sacrées, Macron navigue à contre-courant »<sup>35</sup>.

Il ne fait pas de doute que ce lourd passif transmis en héritage de gouvernants en gouvernants, chaque fois plus difficile à porter, est devenu le fardeau qui épuise la société française année après année et nourrit la crise politique, économique et sociale, appelant des réformes de plus en plus radicales que les gouvernants se sont montrés de moins en moins capables d'initier.

<sup>35</sup> « Macron, les sondages et les réformes » (consulté le 12 décembre 2018), *Télos*, 27 septembre 2018.

## 2. Fin octobre 2018, dans l'opinion, l'opposition n'existe toujours pas

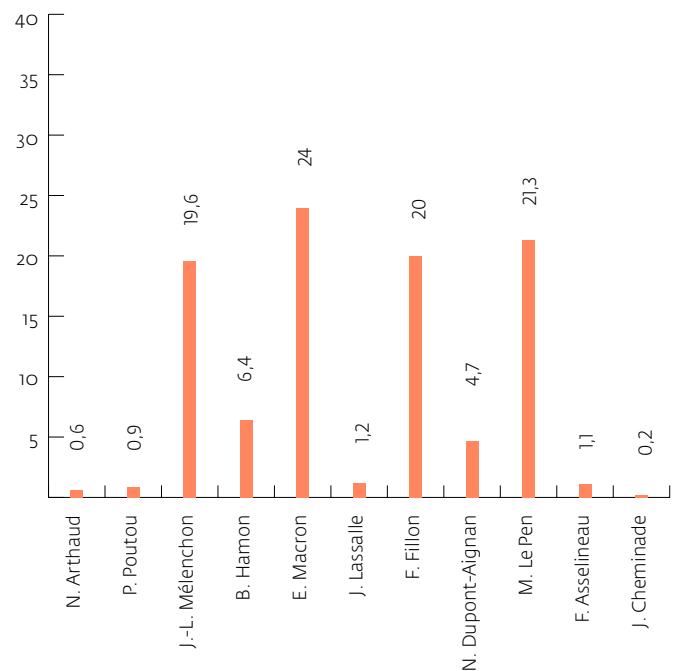
Selon une enquête d'opinion, à la fin du mois d'octobre 2018, la moitié des Français (49%) estiment qu'aucun mouvement politique n'incarne l'opposition à Emmanuel Macron<sup>36</sup>. Le parti de Jean-Luc Mélenchon, la France Insoumise, est le plus souvent cité (21%), mais il est en fort recul par rapport à octobre 2017 (35%). Vient ensuite le parti de Marine Le Pen, le Rassemblement National (14%). Les partis de gouvernement n'arrivent qu'ensuite : le parti de Laurent Wauquiez, Les Républicains (10%), puis le Parti socialiste (3%) qui devance à peine le Parti communiste (2%). L'UDI, l'héritier du centrisme de l'UDF de Valéry Giscard d'Estaing, Raymond Barre ou François Bayrou, a quasiment disparu dans l'opinion (1%).

La faiblesse des partis d'opposition est impressionnante. Manifestement, la France reste prise dans cette atmosphère d'antipolitique caractérisée par le rejet des partis traditionnels, l'abstention et le vote protestataire. Les enquêtes d'intentions de vote le montrent : la décomposition du système politique ne donne toujours pas lieu à une recomposition. On peut le voir en comparant les résultats du premier tour de l'élection présidentielle (23 avril 2017) avec une enquête d'intentions de vote réalisée un an après (avril 2018)<sup>37</sup>.

### Résultats du premier tour de l'élection présidentielle

(23. April 2017)

% Pourcentage des suffrages exprimés



<sup>36</sup> Sondage Elabe (consulté 12 décembre 2018). Échantillon de 1 000 personnes représentatif de la population française âgée de 18 ans et plus. Interrogation par Internet les 23 et 24 octobre 2018. La représentativité de l'échantillon a été assurée selon la méthode des quotas : sexe, âge et profession de l'interviewé après stratification par région et catégorie d'agglomération.

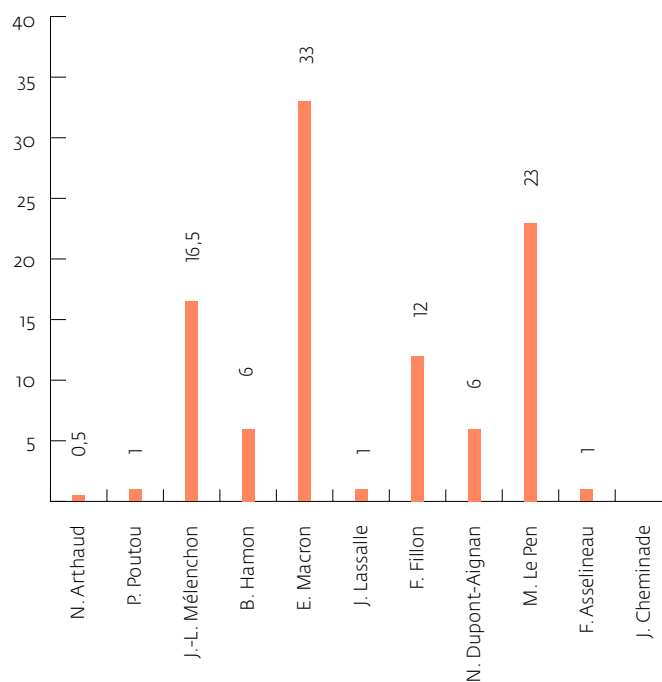
<sup>37</sup> Enquête Ifop pour *Paris-Match* (consulté le 16 décembre 2018), 18 avril 2018.

L'Ifop a retenu deux hypothèses différentes pour estimer l'évolution des intentions de vote des Français. Dans la première hypothèse, l'institut reprend simplement l'offre de candidats de 2017 et mesure les résultats que cette offre produirait un an après. Le poids électoral de Jean-Luc Mélenchon diminue un peu mais celui de Marine Le Pen augmente légèrement. Au total, les suffrages en faveur d'un candidat de type populiste passent de 48,5% (résultats réels en avril 2017) à 46,5% selon les intentions de vote d'avril 2018. Emmanuel Macron renforce sa position en progressant fortement, de 24% en avril 2017 à 33% en avril 2018.

Dans cette première hypothèse<sup>38</sup>, le candidat de la droite de gouvernement demeure François Fillon, ce qui ne favorise pas l'intention de vote en faveur de cette famille politique dans la mesure où l'ancien candidat s'est retiré de la vie publique. C'est pourquoi l'institut Ifop a voulu tester une seconde hypothèse en remplaçant cette candidature par celle de Laurent Wauquiez, le chef du parti Les Républicains<sup>39</sup>. On le voit, l'échec de la droite est plus spectaculaire, son candidat tombant à 8%. L'effet de ce recul ne profite pas à Marine Le Pen qui conserve exactement son niveau mesuré dans l'hypothèse précédente (23%). En revanche, l'effondrement du candidat de la droite de gouvernement profite à la candidature d'Emmanuel Macron qui progresse fortement, passant de 24% en avril 2017 à 36% en avril 2018, dans cette hypothèse de candidature.

### Simulation avril 2018

(hypothèse 2017)  
% des suffrages exprimés

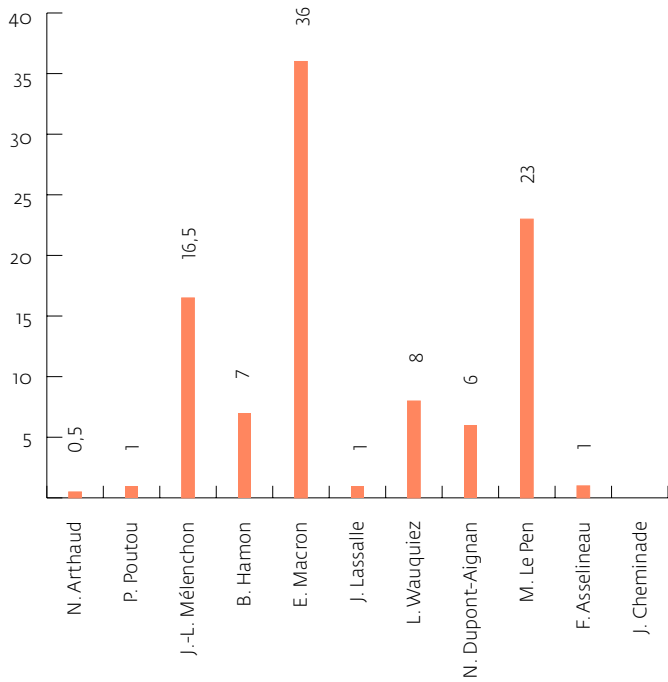


<sup>38</sup> La question est : Si dimanche prochain devait se dérouler le premier tour de l'élection présidentielle, pour lequel des candidats suivants y aurait-il le plus de chances que vous votiez ? IFOP : « [Le regard des Français sur la première année d'E. Macron à l'Elysée](#) » (consulté le 17 décembre 2018), avril 2018, p. 6.

<sup>39</sup> Idem.

# IV. Nature de la crise politique en France

**Simulation avril 2018**  
(hypothèse Wauquiez candidat LR)  
% des suffrages exprimés



La crise politique que traverse la France est profonde. Elle possède au moins trois composantes : la globalisation, déployant un puissant mouvement de transformation historique ; la crise de l’Union européenne, de sa raison d’être et de son fonctionnement ; enfin une crise proprement française. On ne peut aborder ici que les deux derniers points.

## 1. Une crise européenne

La crise française prend place dans une crise continentale qui touche à la fois les États membres de l’Union européenne et l’Union elle-même. La crise s’est manifestée en 2005, lors du rejet français du Traité Constitutionnel Européen par une majorité d’électeurs (54,6%). Mais cette crise était latente, déjà perceptible dans l’étroitesse du résultat en faveur du traité de Maastricht, en 1992 (51,05% contre 48,95%). Depuis, elle semble s’amplifier chaque année davantage, obéissant à partir de 2015 à une sorte d’accélération : l’adoption du Brexit, en juin 2016, a donné le coup d’envoi à une série électorale dont les caractéristiques, quel que soit le pays, comprennent toujours un recul des partis de gouvernement, voire leur effondrement, et une poussée des forces protestataires, le plus souvent antieuropéennes.

Ce climat continental pèse sur la situation française et inversement. Candidat le plus européen, et de loin, en 2017, président le plus européen, au moins depuis 1988, Emmanuel Macron voit sa vision et ses ambitions clairement contrariées par l’évolution de la scène politique européenne. Dès septembre 2017, les élections fédérales allemandes ont sonné le glas de ses idées les plus innovantes et volontaristes, le privant de l’appui de la chancelière allemande et de la première puissance économique de l’Union. Il est frappant de constater que, au moins depuis la France, l’évolution de la situation politique européenne en général et allemande en particulier est explicitement commentée comme une donnée défavorable à Emmanuel Macron.

C'est dans ce cadre européen qu'il faut observer et comprendre les effets politiques de la crise migratoire. Les scores du Front National et la montée en puissance des partis anti-immigration en Europe ont mis l'ensemble de la classe politique sous pression. Les inquiétudes liées à l'incapacité de l'Europe à maîtriser les flux migratoires sont l'un des principaux moteurs du vote populiste. Elles ont finalement conduit le Président Macron à adopter une ligne plus dure que son prédécesseur. La loi asile immigration d'avril 2018 instaure ainsi un ensemble de mesures de fermeté, comprenant notamment une augmentation de la durée maximale de séjour en centre de rétention à 90 jours, le passage de 16 à 24 heures de la durée de la retenue administrative afin de vérifier le droit de séjour d'une personne ou le renforcement des pouvoirs d'investigation. Cependant, l'évolution des législations nationales en matière d'immigration est marquée par un durcissement, parfois très nets, comme au Danemark, ou, à législation constante, comme en Italie, par un discours et une politique plus hostiles, ce qui a pour effet de rendre la législation française relativement plus laxiste, si bien que les électeurs pourraient vouloir sanctionner une législation qu'ils estimeraient trop permissive au moment où elle se durcit pourtant<sup>40</sup>.

## 2. Une crise française

Aux éléments planétaires et européens de la crise s'ajoutent des éléments proprement français. Emmanuel Macron est l'héritier d'une longue succession de présidences impuissantes ou trop prudentes. Il occupe la position inconfortable de celui qui ne peut plus transmettre à son successeur les lourds problèmes rencontrés en arrivant sans avoir essayé d'en réduire la gravité. La nature française de la crise est parfaitement illustrée par la situation budgétaire et fiscale du pays. La France

ne parvient pas à maîtriser son déficit budgétaire. Il alimente chaque année une dette publique qui atteint désormais 100% du PIB. Ne voulant pas ou redoutant une politique authentique de réduction de la dépense publique, les gouvernements choisissent invariablement d'augmenter la pression fiscale, les contribuables se mobilisant moins facilement et moins efficacement que les salariés de la fonction publique.

Le résultat est une montée de la colère fiscale dans l'opinion. Elle pourrait jouer un rôle dans les prochains scrutins puisqu'elle ne touche pas seulement l'impôt sur le revenu, que la moitié des Français ne payent pas ou ne paye plus, mais aussi les prix du gaz, de l'essence ou du tabac largement composés de taxes très élevées et fortement impopulaires. De ce fait, en 2017, le montant des prélèvements obligatoires a dépassé la barre symbolique des 1000 milliards d'euros. Dans le détail, la part des impôts et des différentes taxes auxquels ont été soumis les Français en 2017 représente 1038 milliards d'euros, soit 43,3 milliards de plus qu'en 2016 et 368,5 milliards de plus qu'en 2002<sup>41</sup>. Le taux des prélèvements obligatoires atteint son point le plus haut de l'histoire avec 45,3% du PIB. On ne peut s'étonner de constater que, dans l'opinion, le discours du gouvernement sur la baisse des impôts peine à convaincre, à l'exception de la baisse des impôts sur le capital, mais elle nourrit l'accusation de « président des riches ». On oppose aisément au discours gouvernemental sur la baisse des impôts les augmentations qui suivent les baisses, les annulent et pèsent sur la vie quotidienne. Ainsi, à la suppression de la taxe d'habitation, on oppose la hausse de la CSG de 1,7 point, la baisse des aides personnalisées au logement (APL) ou les hausses de taxes sur le prix des carburants, du fioul, du gaz et du tabac, etc.

Sans réduction de la dépense publique (54,6% du PIB en 2017)<sup>42</sup>, cette politique fiscale combine tous les incon-

<sup>40</sup> Cf. Didier Leschi, « *Migrations. La France singulière* » (consulté le 16 décembre 2018), Paris, Fondation pour l'innovation politique, octobre 2018, 50 pages.

<sup>41</sup> Selon les informations contenues dans le rapport mené par le député LREM Joël Giraud (*Le Figaro* du 15 octobre 2018).

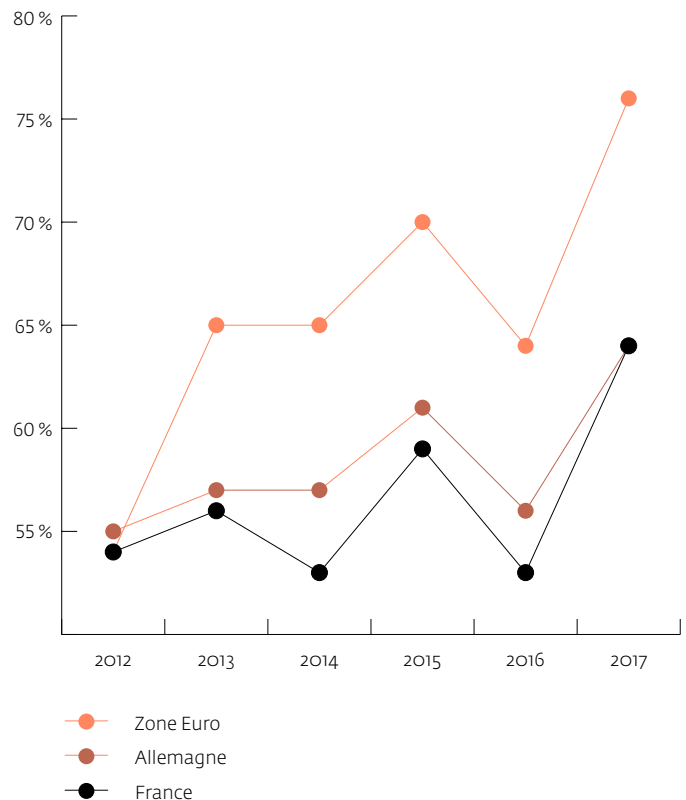
<sup>42</sup> *Projet de Loi de Finances (PLF) 2018* (consulté le 17 décembre 2018), p. 3.

vénients, impopularité, frein à la consommation et à la croissance, sans parvenir à régler le problème du déficit et ni empêcher la hausse continue de la dette publique. Si la conjoncture économique s'est améliorée, et si le déficit public est passé sous la barre des 3% de PIB en 2018 (à 2,6%), la dépense publique augmente de 2,5% sur la même période. Significativement, la loi de finance de 2018 programme la suppression de 1600 postes de fonctionnaires, loin de la promesse d'en supprimer 120 000.

### Conclusion : Macron, l'Europe et la démocratie ont destins liés

C'est l'Europe qui ancre plus solidement le quinquennat d'Emmanuel Macron. Les Français sont attachés à l'Europe, mais plus encore à l'Europe de l'euro<sup>43</sup>. Comme d'autres, les Français ont compris que l'euro garantissait leur patrimoine personnel. Si le franc conserve encore auprès des anciennes générations la valeur d'une référence sentimentale, l'euro possède désormais la valeur d'une assurance matérielle. L'euro est l'unité de mesure du patrimoine que les Français veulent protéger et, pour les anciennes générations, qu'ils veulent laisser à leurs enfants et qu'un retour au franc ferait fondre inmanquablement. L'euro offre au plus grand nombre l'expérience d'une Europe protectrice.

#### L'euro est une bonne chose pour mon pays



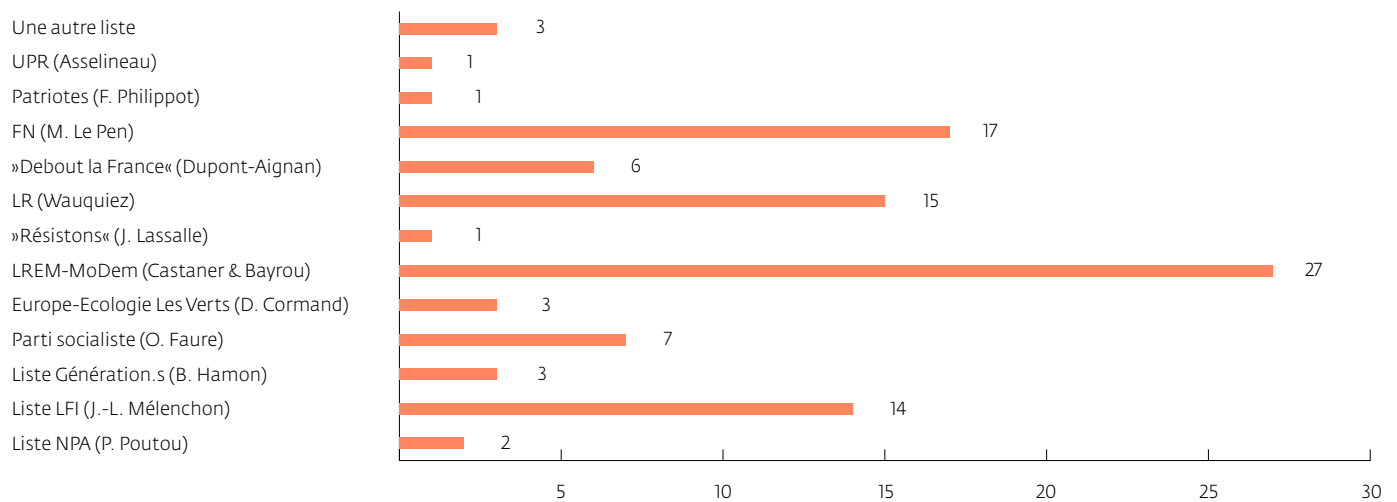
<sup>43</sup> Commission européenne. Enquêtes d'opinion sur l'euro. (Consulté le 18 décembre 2018.) Question posée : De façon générale, pensez-vous qu'avoir l'euro est une bonne chose pour votre pays ? (le graphique illustre le pourcentage des personnes interrogées considérant qu'avoir l'euro est une bonne chose pour leur pays).

L'erreur fatale de Marine Le Pen a été d'adopter une position hostile à la monnaie européenne. Elle s'est ainsi coupée des intérêts populaires les plus vifs. La candidate du Front national ne pouvait gagner l'élection présidentielle de 2017 pour diverses raisons mais, en 2017, c'est la menace que sa victoire faisait peser sur le patrimoine des Français en général et des classes populaires et moyennes en particulier qui lui barrait la route. L'obstacle à l'élection de Marine Le Pen n'a pas été le « front républicain » que l'on convoque régulièrement depuis trente ans pour « faire barrage au Front national » au nom des valeurs de la république ; c'est un front monétaire que les Français ont eux-mêmes opposé afin de protéger leurs intérêts d'épargnants. Aussi longtemps que l'euro sera solide, les populistes souffriront des contradictions entre un discours hostile à l'Union européenne qui leur assure une certaine audience et un discours hostile à l'euro qui bloque leurs progrès électoraux.

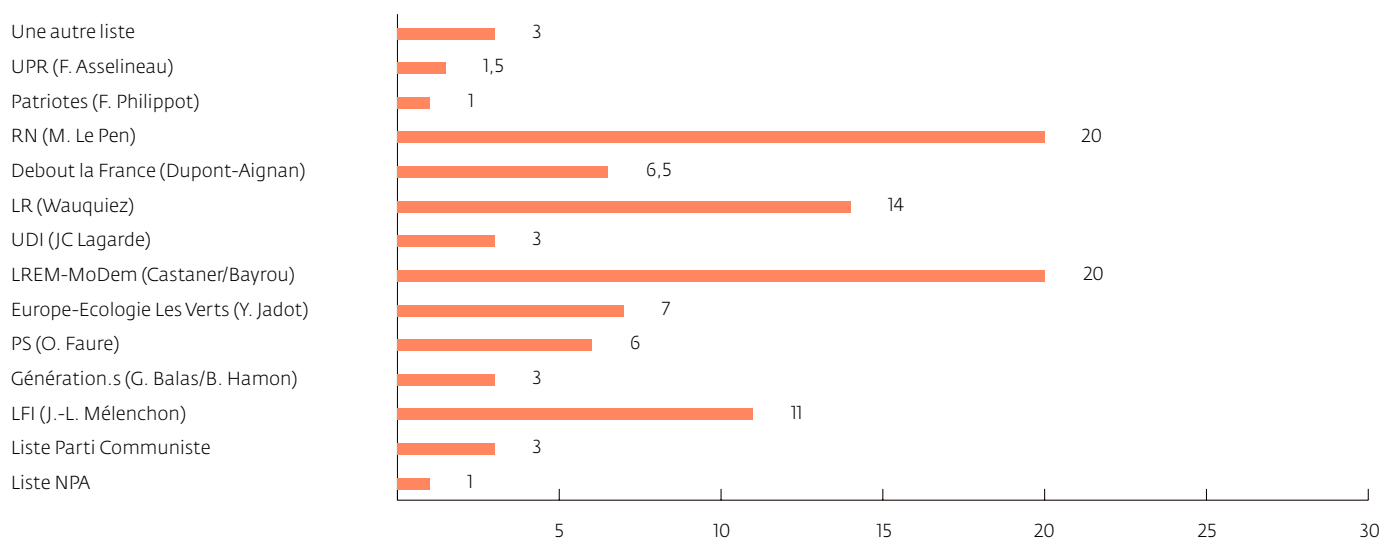
Tirant les conclusions de cet échec, le parti de Marine Le Pen, devenu Rassemblement National (RN), est en passe de se convertir à l'euro. La conversion des populistes français à l'euro peut avoir pour conséquence de normaliser les partis populistes et de rendre leurs discours moins saillants. Face au risque d'inquiéter les épargnants et au risque de se normaliser, les populistes pourraient choisir d'éviter l'un et l'autre en insistant davantage des thèmes comme l'immigration, l'islam, le chauvinisme social ou la criminalité. C'est peut-être en raison de cette évolution que les enquêtes d'intentions de vote portant sur les élections européennes enregistrent la permanence d'un vote populiste fort, capable le moment venu de tirer profit des difficultés de la majorité.

Le soutien à l'euro montre le rôle clé de l'attachement à l'Europe dans la modération des électors. Les souverainistes de droite comme de gauche peuvent rencontrer un certain succès d'estrade en mettant en cause l'Union européenne, mais ils sont finalement rejetés s'ils menacent la monnaie européenne. C'est un point majeur qui favorise ultimement, dans l'isolement, les formations politiques et les candidats dont les propos et les programmes sont compatibles avec les contraintes de la zone euro. Ainsi, la victoire d'Emmanuel Macron ne s'explique pas seulement par les déboires de François Fillon au premier tour ou la présence de Marine Le Pen au second tour. Les Français ont élu un président particulièrement pro-européen parce qu'ils sont eux-mêmes fortement attachés à l'Union européenne, de cœur ou de raison. Le soutien à l'euro doit être interprété comme un soutien aux politiques publiques modérées et compatibles avec l'édifice européen. Le soutien à l'euro et le soutien à l'Union bloquent la poussée populiste. Or, en France, Emmanuel Macron est à ce jour la personnalité politique la plus clairement identifiée à l'Europe. Malgré ses difficultés, cette position lui confère une force réelle dans la mesure où, jusqu'à ce jour, au plan domestique, personne n'a pu disputer son leadership sur ce terrain essentiel. C'est encore en raison de cette organisation originale de la compétition politique en France, où l'on voit, pour la première fois, un seul des protagonistes porter distinctement l'idée européenne, qu'Emmanuel Macron peut espérer conserver une base électorale minimale, celle qui permet d'ambitionner de terminer en tête au soir des élections européennes et de préserver ses chances d'accéder au second tour en 2022.

### Intentions de vote aux élections européennes (7–9 mai 2018) <sup>44</sup>



### Intentions de vote aux élections européennes (octobre 2018) <sup>45</sup>



<sup>44</sup> Question : Si dimanche prochain devaient se dérouler les élections européennes, pour laquelle des listes suivantes y aurait-il le plus de chances que vous votiez ? Source : Ifop, « [les intentions de vote pour les élections européennes de 2019](#) » (consulté le 18 décembre 2018), Mai 2018, p. 5.

<sup>45</sup> Question : Si dimanche prochain devaient se dérouler les élections européennes, pour laquelle des listes suivantes y aurait-il le plus de chances que vous votiez ? Source : Ifop, « [l'intention de vote aux élections européennes](#) », questionnaire auto-administré en ligne du 25 au 29 octobre 2018.



# La Fondation Genshagen

## L'Allemagne, la France et la Pologne pour l'Europe

### La Fondation

La Fondation Genshagen a succédé en 2005 à l'« Institut de Berlin-Brandebourg pour la coopération franco-allemande en Europe ». Le « BBI » avait été fondé en 1993 par le professeur Rudolf von Thadden, historien, et par Brigitte Sauzay, qui fut ensuite conseillère à la Chancellerie fédérale. La Fondation Genshagen opère en tant que fondation de droit civil et d'utilité publique. Les fondateurs et principaux sponsors sont le gouvernement fédéral, représenté par la Déléguée du gouvernement fédéral à la Culture et aux Médias, et le Land de Brandebourg. Le ministère fédéral des Affaires étrangères est le principal bailleur de fonds complémentaires.

### Profil

Par son travail, la Fondation Genshagen se fixe le but de renforcer l'Europe dans sa diversité culturelle, sa capacité d'action politique, sa cohésion sociale et son dynamisme économique. Au carrefour de la société civile, de l'État et des acteurs économiques, elle agit à travers ses domaines d'activités « Dialogue artistique et culturel en Europe » et « Dialogue européen – penser l'Europe politique ». Au Château de Genshagen, siège de la Fondation, à l'écart mais non loin de Berlin, la Fondation Genshagen sert de lieu de rencontre et d'échange entre l'art, la culture, la politique, l'économie, la science et les médias. Elle se concentre sur la promotion et l'intensification des relations franco-allemandes et germano-polonaises, ainsi que sur le dialogue au sein du « Triangle de Weimar ». Par ses manifestations et publications variées, la Fondation Genshagen apporte sa contribution à la recherche de nouveaux paradigmes de réflexion et des réponses aux défis actuels et à venir pour la société et la politique, dans un cadre qui se veut principalement européen.

### Dialogue européen – penser l'Europe politique

Partant de la conviction que la réussite de la politique européenne passe nécessairement par le maintien et l'approfondissement de l'intégration européenne, le domaine « Dialogue européen » contribue à la réflexion sur l'avenir politique, économique et social de l'Europe. Par ses projets, il favorise la réflexion sur la cohésion interne de l'Union européenne, sa capacité d'action politique et son rôle dans le monde. Les travaux du Dialogue européen se distinguent par leur diversité et s'articulent autour de débats d'experts issus du monde politique, diplomatique, économique et social axés sur la recherche de résultats, d'échanges d'idées en toute confidentialité et de formes de travail innovantes. Il s'adresse également à la société civile pour sensibiliser surtout les jeunes à l'Europe et leur proposer une plateforme leur permettant de formuler leurs propres idées.

### Genshagener Papiere

Les Genshagener Papiere sont une série de publications du domaine d'activité « Dialogue européen – penser l'Europe politique » de la Fondation Genshagen. Ils sont consacrés aux questions de politique européenne et plus particulièrement à la coopération bi- et trilatérale entre la France, l'Allemagne et la Pologne. Leur objectif est de diffuser auprès d'un large public les résultats du travail mené par la Fondation. La série des Genshagener Papiere est ouverte à des auteurs reconnus ou issus de la jeune génération, d'horizons divers : chercheurs, journalistes et spécialistes de politique européenne. Elle vise à diffuser différents types de documents, aussi bien des essais ou articles scientifiques que des textes présentant des recommandations politiques (sous forme de policy papers). Les Genshagener Papiere paraissent à plusieurs reprises dans l'année et sont disponibles en ligne sous <http://www.stiftung-genshagen.de/publikationen/genshagener-papiere.html> et en partie aussi imprimés.

# Impressum

## Mentions légales

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen

Telefon: +49(0)3378-805931

Telefax: +49(0)3378-870013

[www.stiftung-genshagen.de](http://www.stiftung-genshagen.de)

[institut@stiftung-genshagen.de](mailto:institut@stiftung-genshagen.de)

### Übersetzung aus dem Französischen

Gordian Heindricks

### Lektorat

Martin Koopmann, Marie Augère, Gordian Heindricks

### Layout

M.O.R. Design

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2018



Die vorliegende Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Auswärtiges Amt

### Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen?

Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e.V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

### Kontakt

[foerderverein@stiftung-genshagen.de](mailto:foerderverein@stiftung-genshagen.de)

### Bankverbindung

Förderverein Stiftung Genshagen e.V.

Postbank Berlin

IBAN: DE88 1001 0010 0823 7281 09

BIC: PBNKDEFF

# Liste der vorherigen Publikationen in der Reihe der Genshagener Papiere

## Liste des précédentes publications de la série Genshagener Papiere

Karolewski, Ireneusz P.:

**Deutschland, Polen und Europa. Eine Erfolgsgeschichte in der Bewährungsprobe.**

Genshagener Papier N°21, 02/2019 

Schäfer, Isabel; Koepf, Tobias:

**Franco-German foreign policy cooperation towards the Maghreb – converging goals, diverging policies**

Genshagener Papier N°20, 11/2017.  

Delcour, Laure; Kowal, Paweł; Kunz, Barbara; Lang, Kai-Olaf; Parmentier, Florent; Szeligowski, Daniel; Tulmets, Elsa:

**(Re-)Engaging our Partners to the East: What the Weimarer Triangle should do for the Eastern Partnership**

Genshagener Papier N°19, 11/2017 

Koopmann, Martin:

**Europa braucht Weimar. Perspektiven des Weimarer Dreiecks in Krisenzeiten**

Genshagener Papier N°18, 07/2016.  

Gustin, Philippe; Martens, Stephan:

**Deutschland und Frankreich. Der Neustart des europäischen Motors**

Genshagener Papier N°17, 01/2016. 

Bonse, Eric:

**Für eine ergebnisorientierte Politik: Handlungsoptionen der Europäischen Union in der Krise (Pour une politique axée sur les résultats : les champs d'action possibles de l'Union européenne dans la crise)**

Genshagener Papier N°16, 09/2015.  

Kunz, Barbara:

**After the end of the end of History: what Europe should learn from the Ukraine crisis for its foreign relations. Four lessons and a ceterum censeo**

Genshagener Papier N°15, 12/2014. 

Mohsen-Finan, Khadija; Schäfer, Isabel:

**Die Europäische Union und der Mittelmeerraum. Deutsch und französische Perspektiven seit den arabischen Umbrüchen (L'Union européenne et l'espace méditerranéen. Perspectives allemande et française depuis les révolutions arabes)**

Genshagener Papier N°14, 04/2014  

Bastos, Stephen; Fischer, Severin; Gabrisch, Hubert; Kauffmann, Pascal; Koopmann, Martin; Schäfer, Isabel; Stark, Hans:

**Europa als politisches Zukunftsprojekt. Deutsch-Französische Impulse für die Erneuerung der EU (L'Europe : projet politique de l'avenir. Impulsions franco-allemandes pour un renouvellement de l'UE)**

Genshagener Papier N°13, 02/2014.  

Demesmay, Claire; Koopmann, Martin; Thorel, Julien:

**Prüfen, straffen, reformieren. Institutionen und Prozesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europapolitik**

Genshagener Papier N°12, 06/2013.  

Brandt, Lisa; Kunz, Barbara:

**Transatlantic Relations in a multipolar world. French and German perspectives on security and trade affairs**

Genshagener Papier N°11, 04/2013. 

Major, Claudia:

**Viele europäische Soldaten, aber keine europäische Armee**

Genshagener Papier N°10, 12/2012. 

Tran Thiet, Jean-Paul:

**Das europäische Projekt neu begründen**

Genshagener Papier N°9, 04/2012. 

Stiftung Genshagen; Institut Montaigne (Hrsg.): **L'immigration et l'intégration en France, en Allemagne et en Europe. Une enquête d'opinion franco-allemande dans le cadre du Forum de Genshagen**

Genshagener Papier N°8, 11/2011.  

Meister, Stefan:

**Sicherheitspolitischer Neustart zwischen Russland und der EU? Das Weimarer Dreieck, Russland und die östliche Nachbarschaft der EU**

Genshagener Papier N°7, 07/2011. 


Adebahr, Cornelius:

**The Comprehensive Approach to Crisis Management in a Concerted Weimar Effort**

Genshagener Papier N°6, 03/2011. (engl)

Lesser, Gabriele; Ostrowski, Marek; Vaissière, Jean-Louis de la:

**Das Weimarer Dreieck – Neue Impulse für Europa? (Le Triangle de Weimar – une nouvelle dynamique pour l'Europe ? Trójkąt Weimarski – nowe impulsy dla Europy?)**

Genshagener Papier N°5, 02/2011.   

Becker, Peter:

**Auf dem Weg zu einem Europäischen Hochschulraum. Szenarien für die Fortsetzung des Bologna-Prozesses**

Genshagener Papier N°4, 01/2011. 

Andoura, Sami:

**Energy Cooperation under the Aegis of the Weimar Triangle. Springboard for a Common European Energy Policy**

Genshagener Papier N°3, 12/2010. 

Ziebura, Gilbert:

**Deutschland und Frankreich in der entstehenden Weltgesellschaft**

Genshagener Papier N°2, 03/2010. 

Demesmay, Claire; Enderlein, Henrik; Évrard, Aurélien; Martens, Stephan; Oppeln, Sabine von:

**Eine neue Agenda für die deutsch-französischen Beziehungen (Un nouvel agenda pour les relations franco-allemandes)**

Genshagener Papier N°1, 01/2010.  

DE

Die **Genshagener Papiere** widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist es, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso policy-orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.

FR

Les **Genshagener Papiere** sont consacrés aux questions de politique européenne et plus particulièrement à la coopération bi- et trilatérale entre la France, l'Allemagne et la Pologne.

Leur objectif est de diffuser auprès d'un large public les résultats du travail mené par la Fondation. La série des Genshagener Papiere est ouverte à des auteurs reconnus ou issus de la jeune génération, d'horizons divers : chercheurs, journalistes et spécialistes de politique européenne. Elle vise à diffuser différents types de documents, aussi bien des essais ou articles scientifiques que des textes présentant des recommandations politiques (sous forme de policy papers). Les Genshagener Papiere paraissent à plusieurs reprises dans l'année et sont disponibles en ligne et en partie aussi imprimés.